

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



- 3 Reform der Bundesanstalt für Arbeit: Weniger Absicherung, mehr Druck
- 12 Zahl der Wohnungslosen in Deutschland: BAG Wohnungslosenhilfe legt Jahresschätzung vor
- 16 Darüber muss in dieser Tarifrunde gesprochen werden: Was bedeutet Armut in der BRD?
- 18 PISA-Studie: Schavan und Co. lernschwach?



IN BERLIN

Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: ph@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60 , Sozialabo: 33,80 . Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

AKTUELL

MAD AUCH IM AUSLAND. (hib) Eins kommt zum anderen. Der militärische Abschirmdienst (MAD) soll künftig zum Schutz eines deutschen Bundeswehrkontingents für Auslandseinsätze eingesetzt werden. Die Bundesregierung begründet dies in ihrem Gesetzentwurf (14/8222) damit, dass die Bedrohung der militärischen Sicherheit und der persönlichen Sicherung von Bundeswehrangehörigen bei einer Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Friedensmissionen im Ausland grundsätzlich anders einzuschätzen sei als im Inland. Deshalb solle der MAD ermächtigt werden, bei „besonderen“ Auslandsverwendungen der Bundeswehr die Einsatzbereitschaft der Truppe und das Kontingent zu schützen.

Außerdem sei die rechtliche Grundlage dafür zu schaffen, dass er bei der Identifizierung betroffener Angehöriger der deutschen Streitkräfte das Personalführungs- und Informationssystem der Bundeswehr (PERFIS) nutzen könne.

Als weiterer Grund wird angeführt, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr einem breiten Bedrohungsspektrum unterliegen. Dieses reiche von den allgemeinen Konfliktrisiken, die von Kampfhandlungen regulärer oder irregulärer Streitkräfte der Konfliktparteien ausgehen, über die klassischen Erscheinungsformen nachrichtendienstlicher Tätigkeiten der Spionage, Sabotage und Zersetzung durch sicherheitsgefährdende Kräfte bis zum Terrorismus und zur Kriminalität in vielen Ausprägungsformen. Die Regierung hält es für notwendig, verdeckte Maßnahmen von nachrichtendienstlich geschulten, erfahrenen Soldaten ausführen zu lassen. Die Ergebnisse dieser verdeckten Abwehrarbeit seien in ein qualifiziertes, zentral durch den MAD zu erststellendes nachrichtendienstliches Lagebild einzubringen.

Aus Sicht der Regierung können diese Aufgaben nicht durch den Bundesnachrichtendienst (BND) wahrgenommen werden. Der BND betreibe eine strategische Aufklärung, indem er Erkenntnisse von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung über das Ausland sammle. Die rein abwehrorientierte Informationsammlung obliege ihm hingegen nicht.

Um Übrigen möchte die Regierung mit dem vorgelegten Gesetzesentwurf den Zugriff des MAD auf personenbezogene Daten aus dem Personalführungs- und Informationssystem der Bundeswehr regeln. Dieser sei auf bestimmte Grundpersonaldaten aus dem PERFIS „unbedingt angewiesen“. Außerdem müsse das frühzeitige Bekanntwerden von Ermittlungen des MAD aus Sicherheitsgründen und zur Wahrung der Belange des Betroffenen vermieden werden.
heute im Bundestag, www.bundestag.de

NS-ZWANGSARBEIT. Zu den Beratungen im Kuratorium der Bundesstiftung zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeite erklärt das PDS-Mitglied im Kura-

torium, Ulla Jelpke am 21. Februar: In der Sitzung hat es gestern und heute heftigen Streit gegeben, auch vor dem Hintergrund neuer Klagen und angedrohter Klagen in den USA. Drei Themen waren vor allem strittig: 1.) die Zinsen der Wirtschaft, 2.) die Kosten der Entschädigungsverhandlungen für Versicherungspolicen, 3.) die ungeklärten Zustiftungen von Kirchen; Kommunen und anderen auf den Konten der Wirtschaft.

Der Vertreter der US-Anwälte im Kuratorium, Prof. Neuborne, hatte dazu Anträge vorgelegt, die am Ende alle nicht abgestimmt wurden. Erstens wollte er gemeinsam mit vielen anderen Mitgliedern des Kuratoriums, dass die Wirtschaft weitere 70 Mio. DM Zinsen an die Bundesstiftung überweist. Diese Zinsen müssen selbst nach vorsichtigen Schätzungen zwischen dem Inkrafttreten des Entschädigungsgesetzes im Sommer 2000 und dem Beginn der Auszahlungen an die Opfer ein Jahr danach auf den Konten der Wirtschaft entstanden sein. Diese Zinsen gehören den Opfern!

Trotzdem war die Wirtschaft zu keinem Kompromiss bereit. Sie will keinen Pfennig mehr zahlen. So Dr. Gentz, der Finanzchef von DaimlerChrysler und Sprecher der Wirtschaft. Auch die Regierung wollte heute einen Schlussstrich unter die Zinsdebatte.

Meine Vermutung und die vieler anderer: Mit diesen Zinsen wurden fehlende Spenden der Wirtschaft gedeckt. Sie kamen damit der Wirtschaft zugute und nicht den Opfern.

Auch beim Streit um angebliche Versicherungskosten gibt es keine Lösung. 60 Mio. DM haben Allianz und andere Versicherer nicht an die Stiftung überwiesen, obwohl es bei der Entschädigung für in der NS-Zeit einbehaltene Versicherungspolicen bis heute keine Lösung gibt.

Meine Position ist ebenso wie die der US-Anwälte: Verhandlungskosten werden erst erstattet, wenn es eine Verhandlungslösung gibt. Umstritten ist drittens, ob die Stiftungsinitiative der Wirtschaft alle Zustiftungen von Kommunen, Kirchen u.a. an die Bundesstiftung weitergeleitet hat. Gentz & Co. lassen niemand in ihre Bücher sehen. Weder den Bundesrechnungshof, noch den Vorstand der Bundesstiftung, noch irgendwelche Schlichter. Alle Vorschläge wurden heute von Gentz & Co. abgelehnt. Offenbar hat die Wirtschaft hier etwas zu verbergen.

Damit bleibt für mich als Ergebnis: Der Druck auf die Wirtschaft muss erhöht werden. Denn das Geld für die Opfer ist und bleibt knapp. Leider ist die Regierung nicht bereit, zu diesem Druck beizutragen. Mehr noch: Der Vertreter der Grünen, Beck, ist heute sogar den deutschen Anwälten in den Rücken gefallen. Als es um ihre Honorare ging, stimmte er mit Wirtschaft und Regierung – und damit gegen die Anwälte, die sich verdient gemacht haben um die Opfer.

www.ulla-jelpke.de

Konzentration auf Kernbereiche“, so lautet das Schlagwort für die Reform der Bundesanstalt für Arbeit, deren Grundzüge Kanzler Schröder und Arbeitsminister Riester jetzt vorgestellt haben. Hört sich auf den ersten Blick nicht schlecht an, aber Vorsicht!

Was ist der Kernbereich? Eigentlich doch die Versicherung auf Gegenseitigkeit gegen Einkommenslosigkeit, falls die Beschäftigung verloren geht. Dafür werden Beiträge erhoben und bei Eintreten des Versicherungsfalls Leistungen ausgezahlt, nämlich das Arbeitslosengeld. Die Versichertengemeinschaft entwickelt gegenüber dem einzelnen Versicherten, der Leistungen beanspruchen will, Kontroll- und Sanktionsmechanismen. Die wesentlichen Druckmittel gehen in Richtung Arbeitsaufnahme, und daraus haben sich historisch verschiedene Maßnahmen entwickelt. Der Arbeitslose muss gegenüber dem Arbeitsamt seine Arbeitswilligkeit nachweisen, deswegen wird er wo hingeschickt. Oder er muss seine Bildungswilligkeit nachweisen, deswegen kommt er in einen Kurs. Aus der Kernaufgabe, Versicherung gegen Einkommenslosigkeit, hat sich also die Arbeitsvermittlung als abgeleitete Aufgabe der Arbeitsämter entwickelt und stets verknüpft mit dem Hintergrund Druckmit-

tel in Richtung Arbeitsaufnahme. Dass das der wahre Grund für die Vermittlungsbemühung der Arbeitsämter ist, wird schon daraus ersichtlich, dass Arbeitslose, deren Arbeitskraft tatsächlich nachgefragt wird, fast immer ohne das

Arbeitsamt eine Beschäftigung finden. Daher ist es überhaupt kein „Skandal“, wenn jetzt nachgewiesen wurde, dass die Vermittlungserfolge der Arbeitsämter äußerst gering sind. Der „Erfolg“ des Arbeitsamtes besteht darin, dass der Arbeitslose als Leistungsbezieher ausscheidet und möglichst wieder zum Beitragszahler wird.

Auch der ganze Rattenschwanz an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, der sich rund um die Arbeitsämter aufgebaut hat und oft ähnlich erfolglos ist wie deren Vermittlungsbemühungen, hat den gleichen Hintergrund. Die Mischung von paternalistisch-sozialdemokratischer Arbeiterbeglückung, protestantischer Arbeitsethik und kapitalistischer Berechnung hat diesen Zweig der Bundesanstalt für Arbeit in den letzten zwei, drei Jahrzehnten ständig wachsen lassen.

Wenn nun Riester in seinem Vorschlag davon spricht, dass die Gewichtung der Aufgaben zugunsten der Dienstleistungen Vermittlung und Beratung verschoben werden müssen (siehe Kasten), dann ist das nichts als eine Drohung gegen die Arbeitslosen und keine Rückbesinnung auf das Kerngeschäft der Arbeitslosenversicherung. Das geht übrigens bis in den Sprachgebrauch: tunlichst wird das Wort Versicherung vermieden, stattdessen heißt es



Dokumentiert

aus dem Vorschlag von Riester zur Reform der Bundesanstalt für Arbeit

1. Aufgabenkonzentration auf Kernbereiche

Der Aufgabenzuschnitt des modernen Arbeitsmarktdienstleisters soll sich auf die Kernbereiche Arbeits- und Ausbildungsstellenvermittlung, Auszahlung von Lohnersatzleistungen und aktive Arbeitsmarktpolitik konzentrieren. Es muss geprüft werden, ob die Bundesanstalt für Arbeit von der Kindergeldauszahlung und von der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung entlastet werden kann.

2. Im Zentrum: Vermittlung und Beratung

Die Gewichtung der Aufgaben untereinander muss zugunsten der operativen Dienstleistungen Vermittlung und Beratung verschoben werden.

Es müssen moderne Managementkonzepte wie Zielsteuerung und Pro-

grammbudgets eingeführt werden.

Zugleich sind das Verwaltungsverfahren und die Verwaltungspraxis durch einen wirksamen Einsatz moderner Informationstechnologien zu straffen und von Doppelarbeiten zu befreien.

In den operativen Bereichen müssen die Ermessensspielräume vor Ort gesteigert werden, um der Kreativität der Mitarbeiter Raum zu geben. Dazu gehört auch die Entwicklung einer Kultur der Verantwortungsfreude und Verantwortungsübernahme.

3. Organisatorischer Umbau

Gesteigerte Verantwortlichkeit und Entscheidungsfreude vor Ort setzen einen strukturellen Umbau der bisherigen Behörde zu einem modernen Dienstleister voraus. Erforderlich sind neben einem professionellen Exekutivvorstand eine stärkere Regionalisierung und Dezentralisierung von Verantwortung und Entscheidung, unternehmerische Strukturen bis hin zu den lokalen Einheiten und ein Überdenken der Aufgaben von Zentrale und Mittelinstan-

zen. Aufgaben, Struktur und Zusammensetzung der Selbstverwaltung sind wirkungsvoller und unter Vermeidung grundlegender Interessenkonflikte neu zu gestalten.

4. Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Die Bundesregierung beabsichtigt in der nächsten Legislaturperiode, die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für die erwerbsfähigen Sozialhilfebezieher zusammenzuführen. Die Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ soll dieser Reform nicht vorgreifen. Sie hat jedoch den Auftrag, schon jetzt Organisationsmodelle vorzulegen, die eine wirksame Zusammenführung in den Strukturen moderner Arbeitsmarktdienstleister ermöglichen. Dabei ist anzustreben, dass für alle arbeitsuchenden Menschen die erforderlichen Beratungs-, Vermittlungs- und Arbeitsförderungsleistungen sowie die Leistungen zur Sicherstellung des Lebensunterhalts im Rahmen eines „one-stop-center“ gebündelt erbracht werden.

Dienstleister, Berater, Management usw.

Schröder/Riester verschieben den Aufgabenbereich der Arbeitsämter noch einmal weiter weg von dem Versicherungsgedanken. Eigentlich ist es doch selbstverständlich, wenn jemand durch Beitragszahlungen einen Anspruch erworben hat, dass er ihn, wenn es nötig ist, auch in Anspruch nimmt. Zum Beispiel: ein Beschäftigter hat/wurde gekündigt und hat eine neue Beschäftigung gefunden, die aber erst zu einem späteren Zeitpunkt beginnt, warum soll der kein „Kunde“ des Arbeitsamts sein? Genau dies sieht aber die Neuregelung bei der Statistik vor: es sollen nur noch die als „echte“ Arbeitslose geführt werden, die eine Vermittlung anstreben. Nun könnte man das auch noch hinnehmen, denn tatsächlich ist es ja nicht uninteressant, wer



tatsächlich eine andere Stelle benötigt und wer (berechtigt) Arbeitslosengeld bezieht, obwohl er bereits eine neue Stelle hat oder gar keine anstrebt.

In dem Vorschlag von Riester wird die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe als Reformaufgabe für die nächste Regierung angekündigt (man kann davon ausgehen, dass auch eine unionsgeführte Regierung in diese Richtung gehen wird). Bislang folgte nach Zahlung des Arbeitslosengeldes (je nach Alter und voriger Beschäftigungsdauer) zwischen einem Jahr bis zu etwa zweieinhalb Jahren eine zeitlich unbegrenzte Zahlung von Arbeitslosenhilfe, sofern der Beschäftigte „bedürftig“ ist und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Eine Umstellung von Arbeitslosengeld auf Sozialhilfe hätte beträchtliche Folgen. Einmal, wer soll für die Finanzierung aufkommen? Bisher zahlt die Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe zahlen aber die Kommunen – wie erfolgt der Ausgleich? Die Folgen für die Langzeitarbeitslosen: niemand kann im Ernst erwarten, dass die Vermittlungschancen in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt steigen, wenn das Sozialamt als Behörde an die Stelle des Arbeitsamtes eintritt. Was bleiben wird: der Druck auf den einzelnen Arbeitslosen steigt, die Leistungen werden bei dieser Gelegenheit nochmals gekürzt und vielleicht sinkt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung. alk

Konflikt ums Zuwanderungsgesetz

Konservative Vertreibungskampagne

In der Auseinandersetzung um das Zuwanderungsgesetz – es steht am 1.3. im Bundestag, am 22.3. im Bundesrat zur Entscheidung – stehen sich vielfältige Interessen schroff gegenüber. Das liberale Unternehmertum ist daran interessiert, den Arbeitsmarkt auszuweiten und in aller Welt Arbeitskraft anzuwerben, wie viel und in welcher Qualität sie benötigt wird, bzw. die Welt als Vorhälterlager für die industrielle Reservearmee zu nutzen. Dem versuchte die Regierung nachzukommen, wobei die Grünen zumindest zunächst noch das Anliegen mit dem humanitären Interesse an der Aufhebung diskriminierender Rechtsvorschriften und an der Erleichterung von Flucht und Asyl zu verbinden suchten. Davon ist nach den nochmaligen Überarbeitungen fast nichts mehr übrig geblieben. Der Zweck des Gesetzes wird in § 1 jetzt zutreffend so definiert: „Das Gesetz dient der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern...“ Obwohl die Regierung der Union weit entgegengekommen ist, will diese am 1.3. ablehnen. Die Konservativen wollen nämlich den Wahlkampf zur Stärkung des Deutschtums nutzen, durch Steigerung des Vertreibungsdrucks gegen Flüchtlinge und Migranten einerseits, durch Verbreitung und Festigung des Eindeutschungsgedankens andererseits. Dieser Grundpfeiler der Stoiberschen Wahlkampagne ist allerdings für die Union nicht ganz unproblematisch: Anders als bei der Kampagne gegen den Doppelpass – die zum Wahlsieg in Hessen führte – können sie nicht gegen ein angebliches Privileg für Ausländer angehen, sondern müssen direkt für Diskriminierung mobilisieren – was im Wahlkampf in NRW („Kinder statt Inder“) nicht zum Wahlerfolg führte.

Für die Migranten kommt es darauf an, ob ihre Lebensweise – kulturüberbrückend – durch die Gesetzgebung gemildert oder belastet wird. So haben ihre Organisationen den Gesetzentwurf in seinen verschiedenen Phasen überwiegend kritisch bis sehr kritisch gewürdigt, aber nicht rundum abgelehnt. Allerdings stellt sich nach dem nochmaligen „Nachbessern“ die Frage, ob die Botschaft des Gesetzes sich nicht völlig ins Gegenteil gewandelt hat, von „Zuwanderung!“ zu „Abwehr!“ und „Abwanderung!“ Die Absicht jedenfalls wird immer klarer erkennbar, das interkulturelle Miteinander dadurch belastet – ein Grund, den Gesetzentwurf abzulehnen und in der Auseinandersetzung insbesondere mit den Konservativen die Perspektive des interkulturellen Zusammenlebens zu entfalten. scc

Im Folgenden leicht gekürzt eine Stellungnahme von Pro Asyl und dem Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein vom 15.2.

Reformvorhaben in dieser Legislaturperiode zurückziehen

Die parteipolitische Auseinandersetzung um das Zuwanderungsgesetz wird immer stärker von wahlaktischen Gesichtspunkten geprägt. Weder eine sachliche Diskussion noch ein wirklich zukunftsweisender gesellschaftlicher Konsens sind zur Zeit möglich. Deshalb fordern Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und ... PRO ASYL die Regierungskoalition auf, das Projekt Zuwanderungsgesetz für diese Legislaturperiode von der Tagesordnung zu nehmen. Jede künftige Bundesregierung wird – aufgrund sachlicher Notwendigkeiten – das Thema Einwanderung wieder aufgreifen müssen.

Der vorliegende Regierungsentwurf ist bereits eine Reformruine, die im parlamentarischen Verfahren und dem beginnenden Wahlkampf noch weiter demoliert zu werden droht. Der Gesetzentwurf ist in weiten Teilen eine Neuauflage altmodischen Fremdenabwehrrechts. Zum Teil werden die Fehler der früheren Gastarbeiterpolitik (kurzfristige vorübergehende Beschäftigung statt dauerhafte Einwanderung unter Einschluss einer Integrationspolitik) wiederholt.

Mit Ausnahme der begrüßenswerten Verbesserung bei der Anerkennung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung bringt der Entwurf auch im Bereich der Flüchtlingspolitik weniger Lösungen als neue Probleme für die Betroffenen. Viele Tausende von bisher Geduldeten werden auch weiterhin keine Chance auf eine Aufenthaltserlaubnis haben. Verschärfungen des Asylbewerberleistungsgesetzes, die bundesweite Einrichtung von Ausreisezentren, die Ausweitung der Residenzpflicht sind keinesfalls das, was Flüchtlinge und die sie unterstützenden gesellschaftlichen Gruppen von einer rotgrünen Bundesregierung erwartet haben.

Eine in der laufenden Legislaturperiode zu späte Bearbeitung des Themas hat zu schon früh absehbaren Resultaten geführt: Die Thematik der Zuwanderung wird Wahlkampfthema und damit Gegenstand grober Vereinfachungen. Angesichts der verfahrenen politischen Situation, in der es interessierten Strategen verschiedener Parteien gefallen wird, sich die Positionierung für einen Wahlkampf auf dem Rücken von Ausländern und Flüchtlingen offen zu halten, fordern Flüchtlingsrat und PRO ASYL die Regierungskoalition auf, den Gesetzentwurf in dieser Legislaturperiode von der Agenda zu nehmen.

Ein kurzfristiger parteitaktisch motivierter Scheinkompromiss führt die Bundesrepublik in eine Sackgasse. Die Anhörung gesellschaftlicher Gruppen im Innenausschuss des Bundestages am 16. Januar 2002 hat deutlich gemacht, wie groß die Defizite dieses Gesetzes sind. Statt der notwendigen grundlegenden Verbesserungen drohen zur Zeit aber weitere Verschärfungen.

Die militärisch-technologische Lücke

Die Finanzierung der militarisierten Außenpolitik bereitet der Regierung große Schwierigkeiten. Einer Finanzierung über die Ausweitung der Staatsschuld schieben die Beschlüsse der EU zur Währung einen Riegel vor. Diese Methode hätte sonst gut gepasst, da die großen Monopole trotz Rezession riesige Rücklagen haben und wegen der Rezession Anlageprobleme bestehen. Es bleiben noch die Steuern. Aber Steuern sind bei der breiten Zahlermasse unpopulär, und im großen Stil führen sie zu Kapitalabfluss in das Ausland. So knirscht es im Getriebe, und wie es jüngst immer wieder heißt, will der Bund auf die Ausgabengestaltung der Länder und der Gemeinden „sparend“ durchgreifen. Das gibt dann einen handfesten Verfassungskonflikt. Letztlich wird man auf den Personalhaushalt losgehen, d.h. die Einkommen im Bereich der öffentlichen Dienste, und auf den Sozialhaushalt, d.h. die Zuzahlungen des Bundes v.a. zur Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Warum geht die Regierung nicht den einfacheren Weg und verzichtet auf die ehrgeizigen Rüstungs- und Kriegsprogramme? Was ist das für eine „Lücke“, die zu den USA besteht, und warum muss sie auf Biegen und Brechen geschlossen werden?

Der Verlauf des Afghanistan-Krieges zeigt, dass die Theorie des langwierigen Volkskrieges, die im antikolonialen Kampf des vorigen Jahrhunderts so erfolgreich war, nicht mehr praktisch wird. Ein politischer Grund ist zweifellos der Wegfall der Balance zwischen den Westmächten und dem realsozialistischen Lager, die früher militärische Machtentfaltung einer Seite erschwert hat. Ein anderer politischer Grund ist, dass das Konzept der antiimperialistischen Befreiung durch langwierigen Krieg verbunden gewesen ist mit dem Konzept der autonomen Entwicklung, d.h. einer Entwicklung gestützt auf die eigene Kraft und unter Ausschluss des Weltmarktes. Ein dritter Grund liegt darin, dass die Konzeption des langwierigen Volkskrieges auch eine Konzeption der Befreiung der kolonialisierten Massen einbegreift, und sich keineswegs für anti-emancipative Bewegungen wie die der Taliban eignet. – Neben diesen wirtschaftlichen und politischen Gründen wirkt aber auch die Veränderung der Kriegstechnik, die den modernen Kolonalkrieg grundlegend von seinen traditionellen Vorbildern im 19-ten und 20-ten Jahrhundert unterscheidet.

Der Volkskrieg, wie er von Mao Tse Tung beschrieben wird, lebt von der militärischen Taktik des „kurzen Angriffs“. Der mächtige und übermächtige Feind ist taub und blind, weil er bei den Volksmassen verhasst ist. Deswegen ist es mög-

lich, die eigenen, schwachen Kräfte gezielt zu einer temporär überlegenen Kraft heranzuziehen und die imperialistischen Kräfte zwar nur punktuell, aber trotzdem deutlich zu schlagen.

Dieser Kernpunkt ist nicht mehr gegeben. Der imperialistische Aggressor hat scharfe Augen und feine Ohren. Der Krieg, ein Ereignis zu Land, dann auch zu Wasser und schließlich auch noch in der Luft, hat einen vierten Wirkungsraum, die Stratosphäre, die die Erdkugel umgibt, und die Allmächtige von Ohnmächtigen klar scheidet.

Das Netz der Kommunikationssatelliten hat den früher unentbehrlichen „Ortskundigen“ zu einer Randfigur des Geschehens gemacht. Das Gelände kann fast metergenau durch unangreifbare Satelliten vermessen werden. Der Spion oder Späher, ins Territorium eingeschleust, kann jederzeit seinen Standort bestimmen und zeitnahe seine Beobachtungen und Erkenntnisse zurückleiten. Konnten sich früher kleine Gruppen der Militärmacht entziehen, so können mit moderner Technik kleinste Personensammlungen im Gelände ausgemacht und gezielt und punktgenau angegriffen werden.

Die Kombination der umfassenden und unangreifbaren Ausspähung verbunden mit der Fähigkeit, durch aus der Ferne gelenkte Waffen punktgenau und ohne eigene Verluste anzugreifen, darf nicht isoliert betrachtet werden.

Letztlich geht es im imperialistischen Krieg um die vollständige Kontrolle der untergeordneten Länder, und diese vollständige Kontrolle ist nur durch Besetzung zu erzielen. Zu der informationellen Kontrolle tritt hinzu die Fähigkeit, an jedem Punkt der Erdkugel schnell überlegene Kräfte zusammenzuziehen. Diese Fähigkeit muß auf zwei Ebenen entwickelt werden. Zunächst einmal kommt es darauf an, Reaktions-Streitkräfte zu haben, die in der Lage sind, die Staaten, die das Operationsfeld umgeben, in Schach zu halten. So waren (und sind) die Luft- und Seekräfte, die von den Westmächten im Golfgebiet zusammengezogen wurden, ausreichend, um jede „Einmischung“ der an Afghanistan grenzenden Staaten zurückzuweisen. Sodann ist es aber auch wichtig, Kräfte für den militärisch-polizeilichen Einsatz im Operationsgebiet sehr schnell heranführen, vollständig von außen her zu versorgen und in kurzen Fristen austauschen zu können. Im Operationsgebiet kommt es darauf an, die Schlüsseltechniken, d.h. die Informationsnetze und die Energieversorgung, durch technische Monopole nicht nur der Kontrolle, sondern sogar der Kontrollmöglichkeit durch die Bevölkerung zu entreißen.

Die Aufzählung dieses Katalogs von Anforderungen soll zeigen, dass die sog. technologische Lücke zwischen den USA und den Westmächten tatsächlich besteht. Zwar ist keine einzige der Schlüsseltechnologien für die EU-Mächte uner-

reichbar, aber alles zusammengenommen können die EU-Mächte einen Krieg modernen Zuschnittes nicht führen. Sie brauchen dazu die USA.

Nun ist jedoch ohne weiteres eine Situation denkbar, in der die Technik des modernen Unterwerfungskrieges an ihre Grenzen stößt. Sie entwickelt sich nach dem Sieg im klassischen Sinne und besteht in der Notwendigkeit, ständig schlagbereite Besatzung aufrechtzuerhalten. Die imperialistische Besatzung braucht mehr als bloße Kriegstechnik. Hier ist das ganze Feld der geschichtlich gewachsenen politischen, wirtschaftlich, kulturellen Beziehungen zu beherrschen. Hier wird nicht nur die militärische Kraft der Besatzungstruppen vor Ort gefordert, sondern die Bereitschaft aller gesellschaftlichen Kräfte, sich mit Blick auf das Operationsfeld repressiv oder mindestens kulturell überformend zu engagieren.

Wenn auch die imperialistische Welt übermäßig ist, und die USA ihre führende Supermacht, vor dieser Aufgabe wirken sie klein. Dies wohl wissend, spricht Bush von einem „jahrzehntelangen Krieg gegen den Terror“. Und deswegen hat das imperialistische Lager ein Interesse, dass seine Verbündeten in unterschiedlichen Kombinationen bis zu einem gewissen Grade selbstständig Operationsfelder beherrschen können. Dies ist auch dann wichtig, wenn es zu Verlusten kommt. Denn was ist, wenn z.B. die Schnellboot-Flottille am Horn von Afrika zu Grund geht, „weil die US-Luftaufklärung nicht funktioniert hat“? Die USA sind überfordert, wenn sie letztlich für jede Operation unmittelbar verantwortlich zeichnen müssen.

Soll nun die Bundeswehr, die für den Krieg an den und kurz jenseits der Grenzen konzipiert wurde, befähigt werden, das gesamte Spektrum der Aufgaben des „Kriegs gegen den Terror“ wahrzunehmen, kommen sehr große, den Haushalt – jahrzehntelang – gefährdende Ausgaben. Völlig unabdingbar ist da die Erneuerung der Lufttransportflotte und dazu, zu deren jederzeitigen Absicherung, auch der Jagdwaffe. Scheinbar entlegene Fragen wie Ausbildung von Internetspezialisten bei der Polizei werden zu militärisch-praktischen Fragen der jederzeitigen Darstellbarkeit umfassender Kontrolle. Die Grenzen zwischen Wirtschaft, Staatsverwaltung, Polizei und Militär werden fließend. Immer mehr gesellschaftliche Potenzen müssen für den militärischen Einsatz bereitgehalten werden. Das alles kostet, kostet, kostet ... Alles muß dem wahnhaften Ziel der totalen Kontrolle des Operationsfeldes dienstbar gemacht werden. Das Projekt der imperialistischen Beherrschung der ganzen Welt durch die Westmächte und nach ihrem Maßstab fordert die Mobilisierung aller Kräfte und Winkel imperialistischer Reserve. Deswegen: Mut zur Lücke, schließlich auch das Beste für die Soldatinnen und Soldaten, die durch diese Lücke ins Land zurückgeholt werden können.

maf

Die deutsche Politik wirkt an der Kriegslüge und unterstützt die Kriegsvorbereitungen

Angriffskrieg gegen den Irak droht

Die USA haben den Irak als nächstes Angriffsziel ins Visier genommen. Das Kriegsgeschrei der Bush-Administration, die Kriegsdiplomatie, die Massierung von Truppen in der Region, die gewaltig anschwellende Nachfrage nach Flugbenzin auf den Weltmärkten usw. – das alles lässt kaum Zweifel zu, dass der Krieg gegen den Irak nur noch eine Frage des Wann und Wie, nicht mehr des Ob ist.

Kriegsvorbereitungen

Am 25.2. berichtete der britische *Observer*, dass Blair im April in die USA fährt, um mit Bush abschließend den Militäreinsatz gegen Irak zu beraten. Vorher bereits, Mitte März, bricht US-Vizepräsident Cheney zu einer Rundreise in zehn Staaten des Mittleren Ostens auf. Die Reiseroute ließe sich als „Vorkriegslandkarte“ zeichnen, schreibt die *Zeit*¹: Saudi-Arabien, Jordanien, Kuwait, Türkei (alles Nachbarstaaten des Irak), Vereinigte Arabische Emirate, Bahrain, Qatar, Oman (in diesen Ländern befinden sich Anker- und Landeplätze für die US-Navy und -Airforce, in Bahrain das Hauptquartier der Marine), Ägypten und Israel stehen auf dem Programm.

Eine besondere Bedeutung für den Aufmarsch gegen den Irak haben Kuwait und die Türkei. Kuwait hat zwar gerade erst erklärt, anders als im Golfkrieg 1992 diesmal nicht als Aufmarschplatz dienen zu wollen. Doch findet hier zur Zeit ein großes Manöver unter deutscher Beteiligung statt, und hier haben die US-Streitkräfte auch ihr regionales Armeehauptquartier aufgeschlagen. Die Türkei ist in die Kriegsvorbereitungen fest eingebunden. Von türkischem Boden aus dürften die militärischen Operationen hauptsächlich ausgehen. Die Türkei hat sich dafür ausbedungen, erstens dass im Norden des Irak kein unabhängiger kurdischer Staat entsteht und zweitens dass sie für finanzielle Einbußen aus der Unterbrechung des Handels entschädigt wird. Es wird auch spekuliert, dass die Türkei nach dem Sturz Saddam Husseins eine Art Garantiemacht des Irak werden könnte. Für den nächsten Wochen sind drei gemeinsame Manöver der USA, der Türkei und Israels angesetzt.

Kriegsvorwand Waffeninspektionen

US-Kriegziel ist der Sturz des Regimes von Saddam Hussein. Anfang Februar hatte die CIA anlässlich einer Anhörung vor dem US-Geheimdienstausschuss noch verlauten lassen, dass sie keinerlei Beweise dafür habe, dass der Irak in den letzten Jahren terroristische Aktionen gegen die USA unternommen oder chemische oder biologische Waffen an Al Kaida oder andere terroristische Gruppierungen weitergegeben habe. Die Bush-

Administration versucht den Krieg gegen den Irak als „präventive Selbstverteidigung“ zu legitimieren. Die USA kämen drohenden irakischen Angriffen mit Massenvernichtungswaffen nur zuvor. Als Kriegsgrund wird die Weigerung des Irak herauspräpariert, die 1998 ausgewiesenen UN-Waffeninspektoren wieder ins Land zu lassen.

Allerdings treffen auf Wunsch des Irak der irakische Außenminister Sabri und UN-Generalsekretär Annan am 7. März zusammen, um über eine Rückkehr der UN-Waffeninspektoren nach Bagdad zu sprechen. Die irakische Seite sei zu einem „Dialog ohne Vorbedingungen“ bereit². Ob der Irak damit den Angriff der USA abwenden kann, ist mehr als zweifelhaft. Die *Zeit*³ schildert „Strategiespiele“ auf höchster US-Regierungsebene, bei denen der Einwand „Muss Saddam nicht erst UN-Waffeninspektoren die Einreise verweigern, damit wir sagen können, er habe die alte Waffenstillstandsvereinbarung gebrochen?“ mit der Ankündigung gekontert wird: „Amerika werde eben die Regeln der Waffeninspektionen so hart machen, dass keine Gefahr bestehe, Hussein könnte ihnen zustimmen. Etwa so: Die Inspektoren, Amerikaner darunter, müssten jederzeit und ohne Ankündigung alles sehen dürfen im Irak, und bewaffnet wären sie auch noch.“

Zumindest bis Anfang der 90er-Jahr hat der Irak Massenvernichtungsmittel produziert – und eingesetzt: Irakische Kampfflugzeuge bombardierten am 16. März 1988 die kurdisch-irakische Stadt Halabja mit C-Waffen. Über 5.000 Menschen fielen dem gezielten, grauenvollen Morden zum Opfer. Das Interesse nicht nur an weltweiter Ächtung von Massenvernichtungswaffen, sondern akut an der Kontrolle ihrer Vernichtung ist deshalb nicht von der Hand zu weisen. Das gilt für jedes Land, nicht zuletzt für den Irak.

Aber es ist daran zu erinnern, dass die durch die UN-Sonderkommission im Irak (UNSCOM) bis 1998 durchgeföhrten Kontrollen weniger darauf abzielten, für alle geltendes Völkerrecht durchzusetzen als vielmehr militärische Interessen der Kriegsgegner, die sich wie die USA ausdrücklich über das Völkerrecht erheben. (So entziehen sich die USA selbst der in den entsprechenden Verträgen festgeschriebenen Kontrolle!) UNSCOM hat in mehr als einer Hinsicht eine sehr zweifelhafte Rolle gespielt. Zum einen haben die Inspektoren, häufig ehemalige Geheimdienstler westlicher Staaten, und insbesondere der oberste Inspektor Butler willkürlich Konflikte herbeigeführt und eskaliert und dadurch Vorwände für wiederholte Luftangriffe der USA und Großbritanniens gegen den

Irak geliefert. Zum anderen waren sie, wie US- und andere Zeitungen unverhüllt beschrieben, ausgesprochen hilfreich bei der Festlegung der zu bombardierenden Ziele. Das *Wallstreet Journal* schrieb am 17.12.1998: „Die amerikanischen Militärplaner wissen heute viel mehr über den Irak als im Januar 1991. Damals beruhte die Auswahl der Ziele auf sechs Monaten hastiger Arbeit von Spionagespezialisten, und vieles war Stochern im Nebel. Im Gegensatz dazu stützt sich der gestern begonnene Angriff auf siebenjährige Beobachtungen, die durch die Erkenntnisse der UN-Waffeninspektoren ... gestützt werden.“ Die FAZ gab am 8.12.1998 zu: „Die militärischen Ziele wurden schon seit langem



mit Hilfe von UNSCOM-Mitarbeitern, aber auch Foto-Satelliten sowie der U-2-Spionageflugzeuge ausgewählt.“

Solange die geforderten Waffeninspektionen nicht auf der Grundlage eines für alle Staaten gleich geltenden Völkerrechts durchgeführt werden, solange sie mit den Herrschaftsinteressen konkurrierender Staaten bzw. Staatengruppen verflochten sind, solange nicht internationale Institutionen wirklich Neutralität gewährleisten, solange kann auch die Forderung nach Waffeninspektionen statt zur friedlichen Konfliktlösung zur militärischen Konfliktescalation missbraucht werden.

Außenminister Fischer täuscht die Öffentlichkeit

„Bündnispartnerschaft unter freien Demokraten reduziert sich nicht auf Gefolgschaft, Bündnispartner sind nicht Satelliten.“ Mit dieser Aussage in einem Interview mit der *Welt* (12.2.) ging Fischer vorgeblich auf Distanz zu den amerikanischen Kriegsvorbereitungen gegen Irak. Doch er täuscht die Öffentlichkeit: Die Bundesregierung ist dabei, die BRD an der Seite der USA in einen weiteren Krieg, in den Krieg gegen den Irak, hineinzuziehen. Dafür gibt es neben anderen drei Anzeichen:

Zunächst muss man Fischer nur gut zuhören. In der Bundestagsdebatte am 22.2.³ formulierte er die deutsche Position so: „Ich bin ... der Meinung, dass es nur

einen Schritt gibt, um eine entsprechende Eskalation zu verhindern, nämlich dass Saddam Hussein – dazu ist er politisch und völkerrechtlich verpflichtet, wenn er es ernst meint – das Sanktionsregime der Vereinten Nationen, wie es in zwei Sicherheitsratsresolutionen formuliert wurde, uneingeschränkt akzeptiert, das heißt, die uneingeschränkte Tätigkeit von Inspektoren der Vereinten Nationen im Irak zulässt, damit festgestellt werden kann, ob er über Massenvernichtungsmittel verfügt und ob er sie gegebenenfalls produzieren kann.“ Mit der vorgeblichen Distanzierung von Kriegsdrohungen bei gleichzeitiger Forderung nach „uneingeschränkter Tätigkeit von Inspektoren“ übernimmt Fischer eine besonders schmierige Rolle in dem schmutzigen Spiel, in dem die Kriegstreiber selbst den Kriegsgrund produzieren, indem sie ultimativ inakzeptable und durch kein Völkerrecht gedeckte Bedingungen verlangen.



Aufmarsch der Bundeswehr

Am 7.11.2001 beschloss der Bundestag gegen die Stimmen der PDS, bis zu 3.900 Soldaten zur Beteiligung an der „Operation Enduring Freedom“ bereitzustellen, und zwar für das „Einsatzgebiet“: „arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete“. Inzwischen sind, neben den knapp 600 Bundeswehrsoldaten der „Internationalen Afghanistan-Schutztruppe“, ca. 1.800 Soldaten im Einsatz – soweit bekannt:

Die Bundesmarine patrouilliert mit drei Fregatten, Schnellbooten, Versorgern, Flugzeugen und Hubschraubern sowie insgesamt 1200 Mann am Horn von Afrika. Der Großteil ist in der Arabischen See unterwegs, 140 Soldaten, darunter Fallschirmjäger, sind in Dschibuti stationiert. 26 Soldaten überprüfen den zukünftigen Marine-Standort Mombasa in Kenia, hier sollen in Bälde 100 Soldaten stationiert werden.

Mit 280 Soldaten, einer Fregatte und einem Versorger ist die Marine an einem NATO-Flottenverband beteiligt, der im Oktober auf Ersuchen der USA ins östliche Mittelmeer verlegt wurde, um US-Schiffe zu ersetzen, die für den Afghani-

Auf einen zweiten Tatbestand wies in derselben Bundestagsdebatte Wolfgang Gehrcke (PDS) hin: Die Stationierung deutscher Truppen in Kuwait und ihre Beteiligung an gemeinsamen Manövern mit den USA zum jetzigen Zeitpunkt kann „weltweit nur so verstanden werden, dass Deutschland bereit ist, in einem solchen Krieg auch militärisch an der Seite der USA zu kämpfen“. Wenn die Bundesregierung also, wie sie sagt, den Krieg nicht will, muss sie erklären, dass sie den Krieg nicht mitmacht und als sichtbares Zeichen die Truppen ohne Hintertür zurückziehen!

Ein drittes und wichtiges Indiz dafür, dass die Bundesregierung, getragen von der ganz großen Koalition von SPD, Grünen, CDU/CSU, FDP, mit den USA mitzieht, ist die deutsche Türkeipolitik. Ein ernstzunehmender Konflikt mit den Bestrebungen der USA, den Mittleren Osten unter Einsatz militärischer Mittel neu zu ordnen, müsste sich zwangsläufig in einer Änderung der Türkeipolitik niederschlagen. Nichts davon! Unverändert unterstützt die BRD und unterstützt der deutsche Außenminister das türkische Regime, diesen brutalen Ordnungsfaktor und Garanten imperialistischer Interessen in der Region. scc

1 (09/2002, http://www.zeit.de/2002/09/Politik/200209_haupttext_irak.html)

2 de.news.yahoo.com, 26.2.

3 Aktuelle Stunde zu: Haltung der Bundesregierung zu aktuellen Drohungen des Präsidenten der USA gegen den Irak, Protokolle S. 21778ff.

stan-Einsatz abgezogen wurden.

In den USA sind ca. 50 Bundeswehrangehörige bei der Überwachung des Luftraums mit AWACS-Flugzeugen beteiligt; zusätzlich sind 10 Verbindungsoffiziere auf die Luftwaffenbasis in Tampa abkommandiert; dort wird der „Krieg gegen den Terrorismus“ koordiniert.

Ein ABC-Abwehrbataillon (rund 250 mit Fuchs-Spürpanzern ausgerüstete Spezialisten) nimmt in Kuwait an der Übung „Iris Gold“ mit US- und tschechischen Einheiten teil.

Der Bundestagsbeschluss war ein Ermächtigungsbeschluss. Das Parlament ermächtigte die Regierung zum Krieg und zog der Exekutive so weite und vage formulierte Grenzen, dass der Beschluss einer Selbst-Entmächtigung gleichkommt. Doch selbst jenseits der Grenzen wird parlamentarische Kontrolle ausgeschaltet – wie man befürchten muss, in stillschweigender Übereinkunft der staatstragenden Parteien: Am 24.2. wurde öffentlich, dass um die 200 Elitesoldaten des Kommandos Spezialkräfte in Afghanistan im Einsatz sind.

Überdies ließ die Regierung wissen, dass nicht daran gedacht sei, das ABC-Bataillon nach Ende der Übung ganz aus Kuwait zurückzuziehen: 50 Soldaten sollen bleiben, die anderen so positioniert werden, dass sie binnen Stunden zurückbeordert werden können.

Wir berichteten (PB Nr. 3) von 52 israelischen Reservisten, die den Armeedienst in den palästinensischen Gebieten verweigern. Inzwischen haben sich 250 Reservesoldaten dem Aufruf angeschlossen. Das zeigt, ebenso wie die jüngste Demonstration in Tel Aviv, bei der Tausende das Ende der Besatzung forderten, dass Scharons Kriegspolitik an Rückhalt in der israelischen Gesellschaft verliert. Wir dokumentieren den Aufruf der Reservisten. (Quelle: www.friedensratschlag.de)

Mut zur Verweigerung

Offener Brief von Soldaten

Wir, Offiziere der Reserve und Soldaten der israelischen Verteidigungsstreitkräfte, die wir mit den Prinzipien des Zionismus aufgewachsen sind, mit Opferbereitschaft und Hingabe für die israelische Bevölkerung und den Staat Israel, die wir alle an der Front gekämpft haben, die wir immer die ersten waren, wenn es galt, einen Kampfauftrag, sei er leicht oder schwierig, auszuführen, um den Staat Israel zu schützen und zu stärken.

Wir, kampferfahrene Offiziere und Soldaten, die wir dem Staat Israel jedes Jahr viele Wochen gedient haben, trotz der Opfer, die dies für unser Privatleben bedeutete, versahen überall in den besetzten Gebieten unseren Reserve-Dienst. Wir mussten Aufträge ausführen und Befehlen folgen, die nichts mit der Sicherheit unseres Staates zu tun hatten und die nur einen Zweck hatten: unsere Kontrolle über die palästinensische Bevölkerung auf Dauer zu sichern. Wir, deren Augen den Blutzoll gesehen haben, den diese Besetzung von beiden Seiten fordert.

Wir, die wir spüren, dass unsere Kommandoaktionen in den besetzten Gebieten alle Werte zerstören, mit denen wir in diesem Lande aufgewachsen sind.

Wir, die wir jetzt begreifen, dass der Preis der Besetzung der Verlust der Menschlichkeit der israelischen Verteidigungsstreitkräfte und die Korrumperung der gesamten israelischen Gesellschaft ist.

Wir, die wir begreifen, dass die besetzten Gebiete nicht Israel sind und dass alle Siedlungen letztlich geräumt werden müssen.

Wir erklären hiermit, dass wir nicht länger diesen Krieg um Siedlungen fortführen dürfen.

Wir dürfen den Kampf jenseits der Grenzen von 1967 nicht fortsetzen, um dort ein ganzes Volk zu beherrschen, zu vertreiben, auszuhungern und zu demütigen.

Wir erklären hiermit, dass wir weiterhin den israelischen Verteidigungsstreitkräften dienen werden, bei jedem Auftrag, der Israels Verteidigung dient.

Die Befehle zu Besetzung und Unterdrückung dienen nicht diesem Zweck – und wir werden sie nicht ausführen.

Übersetzung: Wolfgang Kuhlmann

CGIL ruft zum Generalstreik am 5. April auf

Die finsternen Jahre der Konzertierung – also des abgestimmten Vorgehens von Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften – sind vorbei, jubelte Liberazione, die Zeitung von Rifondazione comunista, am 21.2. Der Anlass: Der größte italienische Gewerkschaftsverband, die „linke“ CGIL, ruft zu einer nationalen Kundgebung am 23. März in Rom und zu einem eintägigen Generalstreik am 5. April im ganzen Land auf. Zwei Wochen vor dieser Entscheidung hatte die CGIL auf ihrem Kongress in Rimini die Regierung Berlusconi gewarnt: Die geplante Beseitigung des Kündigungsschutzes werde sie nicht hinnehmen. Als Berlusconi zu Verhandlungen aufforderte und das Thema Abschaffung des Kündigungsschutzes ausdrücklich nicht von der Tagesordnung nahm, fiel die Entscheidung für den Streikauftrag sehr schnell.

Die Bandbreite der Deregulierungsmaßnahmen am Arbeitsmarkt – zuständig ist der Minister Maroni von der Lega Nord – ist groß: von „Job-on-call“ (Abrufarbeitsverhältnisse) über neue Formen der Arbeitsverleihung und „Projektarbeitsverhältnisse“, deren Dauer an die Durchführung einer Aufgabe gebunden ist, bis zur Förderung privater Arbeitsvermittlung. Im Mittelpunkt steht aber der Kündigungsschutz, eine Frage von großer praktischer und auch symbolischer Bedeutung: Nach dem Artikel 18 des Arbeiterstatuts von 1970 ist in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten eine „Kündigung ohne gerechten Grund“ untersagt. Der weitreichende Kündigungsschutz ist wie das Arbeiterstatut insgesamt das handfeste Ergebnis der italienischen Arbeiterstreiks von 1969 gewesen. Insofern hat die Rechtsregierung ihr Ziel mit Bedacht gewählt: Die Freiheit zum Kündigen würde die Macht der Unternehmen gegenüber den Beschäftigten massiv und fühlbar stärken und das Rad der Geschichte demonstrativ zurückdrehen.

Die CGIL ruft bisher allein auf, lädt aber auch die beiden anderen Gewerkschaftsverbände CISL und UIL zur Beteiligung ein, die sich auf Verhandlungen mit der Regierung über alle Themen einlassen wollen. CISL und UIL haben die Türen für eine Beteiligung noch nicht zugeschlagen. Und sie dürften mehr und mehr unter Druck aus den Betrieben kommen. In erstaunlich vielen Betrieben und verschiedenen Branchen wurde in den Tagen nach dem Streikauftrag schon für ein, zwei Stunden spontan die Arbeit niedergelegt und der Aufruf unterstützt – oft von den betrieblichen Gewerkschaftsgruppen gemeinsam.

Der Aufruf fordert auch die parlamentarische Opposition des Ulivo-Bündnisses heraus, das zerstritten und

kaum handlungsfähig vor der Auflösung steht und zwischen Kritik an der Rechtsregierung und Übernahme ihrer Politik hin und her pendelt. Soziale Fragen haben in der Politik des Ulivo in den letzten Monaten so gut wie keine Rolle mehr gespielt. Selbst bei den Linksdemokraten (DS), der stärksten Kraft des Ulivo, trifft der Streikauftrag bisher nur beim Gewerkschaftsflügel auf Unterstützung. Der Parteisekretär Fassino hatte nach dem CGIL-Kongress für Verhandlungen mit der Regierung und gegen Generalstreik plädiert. Insofern sind die Voraussetzungen für die großen Aktionen alles andere als einfach. Aber der kühne Schritt der CGIL wird dennoch viele Kräfte in Bewegung setzen. *rok*

richtig, und wir begrüßen es sehr, dass das Land zu einem Stabilitätsfaktor in der Region geworden ist.“ Der neue Leiter des Büros, Martin Knapp, unterstrich, dass sich große Möglichkeiten für deutsche Unternehmen ergeben. (Pressemitteilung des DIHT vom 18.1.02)

So viel Einsatz hat sich für das deutsche Kapital schon ausgezahlt. Mit einem bilateralen Handelsvolumen von 720 Mio. Euro ist die BRD der größte Handelspartner von Serbien.

Aber schon haben auch erste Verhandlungen mit der Europäischen Union im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAP) begonnen. Der Fortschritt sei so rasant, dass gute Chancen bestünden, die Verhandlungen innerhalb von 18 Monaten abzuschließen, so EU-Erweiterungskommissar Verheugen erst kürzlich in Belgrad. Der serbische Finanzminister Djelic meinte dazu jüngst auf einem Investment-Forum in Wien, dass die Bundesrepublik Jugoslawien schon 2004 den Status eines EU-Beitrittskandidaten erreichen kann.

Die jugoslawische Teilrepublik Serbien hat seit Oktober 2000 bis Ende vergangenen Jahres 683,94 Mio. US-Dollar an Finanzhilfen und Krediten erhalten. Auf den serbischen Energiesektor entfielen mit 214,62 Mio. \$ etwas mehr als 30% der Gesamtsumme. Es folgt der Bereich Soziales mit 170,77 Mio. \$, danach der Agrarsektor mit 74,48 Mio. \$. Der Rest floss u.a. in den Bankensektor (12,23 Mio. \$), Kultur (0,18 Mio. \$), Erziehung (12,45 Mio. \$) und Umweltschutz (5,01 Mio. \$). Das Gesundheitswesen erhielt 1,1 Mio. \$, einzelne serbische Städte und Gemeinden 39,09 Mio. \$ sowie das Transportwesen 7,73 Mio. \$. Nach Geberländern geordnet kam die größte Summe von der EU mit 233,75 Mio. \$. Die Weltbank stellte 111,5 Mio. \$, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) 13,37 Mio. \$ zur Verfügung. Die EU-Kommission hat jetzt eine Fünf-Jahres-Strategie zur finanziellen Unterstützung Jugoslawiens beschlossen. Dabei wurden 960 Mio. EUR für den Zeitraum 2002 bis 2004 bewilligt, teilte die Kommission weiter mit. Die Finanzmittel sollen für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau verwendet werden.

Trotz der massiven finanziellen Mittel, die die serbische Regierung durch internationale Finanzorganisationen erhält, um das Privatisierungsprogramm durchzuziehen, hagelte es auch Proteste. Am massivsten zuletzt im Oktober des vergangenen Jahres. Die Einführung eines neuen Arbeitsgesetzes, das grundlegende Rechte der abhängig Beschäftigten in den privatisierten Betrieben missachtet, brachte 150000 Menschen auf die Barrikaden. Erfolg stellte sich ein, weil die Regierung das Gesetz vorerst zurückzog. Aber der Druck des internationalen Finanz- und Industriekapitals wird entsprechend groß sein, diese Maßnahmen in Kraft zu setzen. Anhaltende Proteste werden folgen. *hav*

Serbien

Umfassende Privatisierungen

Wie zu erwarten, erweist sich der serbische Ministerpräsident Djindjic als erfolgreicher Erfüllungsgehilfe des europäischen Industrie- und Finanzkapitals. Mit großer Eile setzt die serbische Regierung die von der EU geforderten „Strukturreformen“ voran. „Das Ende der politischen Isolation liegt zwar erst 15 Monate zurück, dennoch ist es der Regierung in Belgrad schon gelungen, grundlegende gesetzliche und strukturelle Reformen einzuleiten.“ (FAZ, 22.2.02)

Was das Finanz- und Industriekapital vor allem als Erfolg preist, heißt natürlich Privatisierung. „Nachdem die Privatisierungen mit dem Verkauf der jugoslawischen Zementindustrie im Januar erfolgreich begonnen haben, steht jetzt der Verkauf des Ölkonzerns NIS auf der Tagesordnung. Vorbereitungen für die Privatisierung von 30 weiteren Großunternehmen über internationale Tender laufen auf Hochtouren“ (FAZ, 22.2.02) Pech habe zwar die deutsche Zementindustrie gehabt. „Heidelberg Zement“ sei nicht zum Zuge gekommen. Macht aber nichts. Der deutsche Mittelstand habe gute Chancen, den Markt von 55 Millionen Verbrauchern in Serbien aufzumischen. „Aus diesem Grund hat beispielsweise ein Konsortium, dem unter anderem die Commerzbank und die Kreditanstalt für Wiederaufbau angehören, schon im vergangenen Jahr die Microfinance Bank (MfB) mit Niederlassungen in bisher fünf serbischen Städten gegründet.“ (FAZ, 22.2.) Anfang des Jahres ist in Belgrad, unter Beisein des Bundeswirtschaftsministers Müller, das „Delegiertenbüro der Deutschen Wirtschaft“ eröffnet worden.

„Damit leistet die deutsche Wirtschaft einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Jugoslawiens und unterstützt den Reformwillen der jugoslawischen Regierung“, sagte DHIT-Präsident Braun in Belgrad. Der Reformkurs des neuen demokratischen Jugoslawiens ist



8000 bis 1000 Kurdinnen und Kurden demonstrierten am 16. Februar, dem Jahrestag von Abdullah Öcalans Verschleppung in die Türkei, in Straßburg. Sie forderten seine Freilassung, die Abschaffung der Todesstrafe und Demokratie und Rechte für die Kurden in der Türkei.

Visegrad-Länder kritisieren Diskriminierung

Die vier Visegrad-Länder Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn haben Mitte Februar in einer gemeinsamen Erklärung ihrer Ministerpräsidenten zu den Vorschlägen der EU-Kommission Stellung genommen. Die Ministerpräsidenten der vier Länder fordern in einer gemeinsamen Erklärung, dass die Politiken der EU – insbesondere die Struktur- und Agrarpolitik – auch für die künftigen neuen Mitgliedsländer gelten müssen. Den Kommissionsvorschlägen zufolge sollen die Beitrittsländer die landwirtschaftlichen Direktbeihilfen, die unmittelbar an die Bauern ausgezahlt werden und die einen Ausgleich für die Absenkung der bis dahin gezahlten Garantiepreise schaffen, zwar ab 2004 erhalten. Doch sollen 2004 nur 25% des Niveaus der Direktbeihilfen gezahlt werden, die die Bauern der bisherigen Mitgliedsländer erhalten, und erst im Jahr 2013 sollen 100% erreicht werden. Außerdem will die Kommission die Zahlung an strikte Auflagen zur Modernisierung und Umstrukturierung der Landwirtschaft in den Beitrittsländern binden. Insbesondere Polen hat die Vorschläge heftig kritisiert. Der polnische Landwirtschaftsminister hatte für den Fall einer Benachteiligung angekündigt, dass Polen den eigenen Agrarmarkt auch nach dem Beitritt durch Zölle schützen müsse, und hatte außerdem für seine Partei, die polnische Bauernpartei PSL, die Zustimmung zum EU-Beitritt in Frage gestellt.

In ihrer gemeinsamen Erklärung begrüßen die Regierungschefs der Visegrad-Länder zwar, dass die Kommission sich grundsätzlich für Direktbeihilfen ausspricht, kritisieren aber die Übergangsfristen als „nicht begründbar“. Sie fordern, dass die Bauern in den Beitrittsländern im Hinblick auf die Pro-Kopf-Unterstützung mit den Bauern in den bisherigen EU-Ländern gleichgestellt werden müssen.

Ungarn und die BRD – Beziehungen besonderer Art

Ungarn sei de facto bereits in die EU integriert, erklärte ein hoher Beamter des Wirtschaftsministeriums jetzt in einem Zeitungsinterview. Zwar kämpften die rund 700.000 ungarischen mittelständischen Betriebe mit großen Problemen, die insbesondere in den ländlichen Regionen schwer wiegen, vor allem mit Kapitalmangel, fehlenden Internet-Anschlüssen und Informationsdefiziten. Doch sorgten, so der Ministerialdirektor, die ausländischen Investitionen für die notwendige „Veränderung der Wirtschafts- und Produktionsstruktur“ und trügen so entscheidend zur Vorbereitung der ungarischen Wirtschaft auf die EU-Vollmitgliedschaft bei. Größter Investor ist in Ungarn mit 1,7 Mrd. \$ die Deutsche Telekom, an dritter Stelle steht RWE, an vierter Audi/VW, an sechster Opel. Auch die Handelsbeziehungen mit der BRD seien ein entscheidender Faktor der De-Facto-Integration und ließen „einem das Herz höher schlagen“. Seit 1991 hat sich das Handelsvolumen mehr als vervierfacht: Ungarn exportiert Waren im Wert von 22 Mrd. DM in die BRD, der Import beläuft sich auf 20 Mrd. Schwerpunkte in den Wirtschaftsbeziehungen sind Bayern und Baden-Württemberg. Der bayrische Ministerpräsident und CDU/CSU-Kanzlerkandidat Stoiber macht sich übrigens im gegenwärtigen Wahlkampf für die Regierungspartei FIDESZ und den ungarischen Ministerpräsidenten Orbán stark (*Budapester Zeitung online*, 18.2.).

Der ungarische Ministerpräsident Orbán bedankt sich

Orbán wandte sich vor dem Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments gegen die Benes-Dekrete: Die Dekrete, die immer noch in den Rechtsordnungen Tschechiens und der Slowakei verankert seien, seien mit den „heutigen europäischen Werten“ unvereinbar und müssten vor dem EU-Beitritt beider Länder gestrichen werden. Der tschechische Ministerpräsident Zeman und sein slowakischer Kollege Dzurinda sagten daraufhin das für den 1. März vorgesehene Gipfeltreffen der Visegrad-Länder ab, der polnische Ministerpräsident schloss sich an. Damit ist der Gipfel geplatzt, die gemeinsame Position der Visegrad-Länder gegenüber der EU geschwächt.

Tschechien: Strougal freigesprochen

Der Ex-Regierungschef und Innenminister der Tschechoslowakei Strougal ist von der Anklage freigesprochen worden, im März 1965 die Strafverfolgung von Mitgliedern des Staatssicherheitsdienstes, die des Mordes an drei Regimekritikern verdächtigt waren, verschleiert zu haben. Die Staatsanwaltschaft hatte drei Jahre Freiheitsstrafe ohne Bewährung gefordert. Das Gericht stellte fest, dass es der Anklage nicht gelungen sei, genügend Beweise vorzulegen. Strougal, heute 77, ist der bisher höchste Funktionär des tschechoslowakischen Staates, der sich nach der Wende 1989 vor Gericht verantworten musste.

Jugoslawien: „Wahrheitskommission“ nimmt Arbeit auf

Auf Vorschlag von Präsident Kostunica hat in Jugoslawien eine sog. „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“ ihre Arbeit aufgenommen. Sie setzt sich aus 15 Wissenschaftlern zusammen und soll die Ursachen der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien zwischen 1991 und 1999 untersuchen. Nur auf diese Weise, so Kommissionsmitglied Stojanovic, könnten die traumatischen Erfahrungen überwunden und eine notwendige Versöhnung innerhalb Jugoslawiens, zwischen den früheren Teilrepubliken Jugoslawiens und mit der „internationalen Gemeinschaft“ erzielt werden. Die Kommission hoffe, ihre Arbeit in drei Jahren beenden zu können. Jugoslawien richtete einen Appell an die anderen ehemaligen Republiken Jugoslawiens, entsprechende Kommissionen einzurichten. „Nur auf diese Weise können wir uns der Wahrheit annähern,“ so Stojanovic.

FPÖ-Krise beigelegt: Haider hat freie Hand

Die Kritik des FPÖ-Vorsitzenden Wessenthaler an Haiders Irak-Reise endete mit einem „Kniefall vor Haider“ (NZZ, 19.2.). Mit seiner Kritik hatte der Fraktionsvorsitzende augenscheinlich versucht, den Haiderschen Spagat, einerseits sich an der Regierung zu beteiligen, andererseits durch rechte Mobilisierung Druck auf die Regierung zu entfalten, zugunsten der Regierungsbeteiligung aufzulösen. Haider hatte auf die Kritik mit der Ankündigung reagiert, sich gänzlich aus der Bundespolitik zurückzuziehen. Das darauf folgende Krisentreffen endete mit einer „Generalvollmacht“ für Haider-Gefolgsfrau Rieß-Passer und ihrer Feststellung: „Meine Vorgaben werden künftige Maßgabe des Handelns aller Personen sein.“ Haider zieht sich wie angekündigt aus dem Koalitionsausschuss zurück. Dies wird allgemein als ein Schachzug bewertet, der es ihm ermöglicht, die rechte Mobilisierung zu verstärken.

Zusammenstellung: scc

NORDERSTEDT. Für den 23. Februar mobilisierten rund zwei Dutzend Gruppen aus Hamburg und Norderstedt zu einer Demonstration gegen den Abschiebeknast Glasmoor in Norderstedt. Fast genau acht Jahre nach Inbetriebnahme von Haus 3 der JVA Glasmoor stehen die Zeichen auf Sturm: Mit nicht weniger als drei Revolten binnen vier Monaten, diversen Übergriffen ihrer Schließer und vermehrten Widerstandshandlungen von Gefangenen konfrontiert, reagiert die Anstaltsleitung des „Horrorknastes“ (*Hamburger Morgenpost*) mit verstärkter Repression nach innen sowie Besuchsverboten gegen AntirassistInnen. An den Protesten unter dem Motto „No Border – No Nation – No Deportation“ beteiligten sich trotz teilweise heftigem Schneegestöber über 500 Menschen. Nach einer Zwischenkundgebung am Kielortplatz führte die Route direkt vor den Abschiebetrakt der JVA Glasmoor, wo Redebeiträge in mehreren Sprachen gehalten wurden. Darin forderten unter anderem SprecherInnen vom Hamburger Flüchtlingsrat und der Glasmoorgruppe die sofortige Schließung des Abschiebeknastes, die Beendigung der Abschiebepolitik und die ersatzlose Streichung der Ausländergesetze. Ausführliche Informationen auf der Homepage: <http://infoarchiv-norderstedt.org>



Nazi-Fackelmarsch am 23. Februar in Pforzheim erfolgreich verhindert

PFORZHEIM. Über 300 AntifaschistInnen führten am 23. Februar nach einer „Mahnwache gegen das Wegschauen“ auf dem Marktplatz eine entschlossene Spontandemonstration zum Wartberg durch und verhinderten einen neofaschistischen Fackelmarsch.

Bis letztes Jahr fand am 23. Februar anlässlich des Jahrestages der Zerstörung Pforzheims im zweiten Weltkrieg ein Fackelmarsch von Neonazis aus dem Spektrum des Nazivereines „Freundeskreis ein Herz für Deutschland“, NPD / JN und sogenannten Freien Kameradschaften, wie der einschlägig bekannten „Kameradschaft Karlsruhe“, auf dem Wartberg statt.

Die Antifa Pforzheim / Enzkreis rief in den letzten Wochen dazu auf, gerade an einem solchen historischen Tag aus der Vergangenheit zu lernen und eine solche fatale Entwicklung nicht mehr zuzulassen und mobilisierte unter dem Motto „Gegen den Fackelmarsch der Nazis vorgehen! – Die rechte Normalität bekämpfen!“ zu Gegenveranstaltungen.

Bis 16 Uhr verteilt vor Beginn der offiziellen Gedenkveranstaltung auf dem Hauptfriedhof Antifa-AktivistInnen Flugblätter an die interessierten BesucherInnen, in denen über die Naziveranstaltung an diesem Tag berichtet wurde und die Bürger und Verantwortlichen der Stadt Pforzheim aufgefordert wurden, sich solchen Entwicklungen entschieden entgegenzustellen. Gegen 17 Uhr versammelten sich mehrere hundert AntifaschistInnen auf dem Pforzheimer Marktplatz zu einer Mahnwache „Gegen das Wegschauen“ bei faschistischen Aktivitäten. Einige Zeit später wurde die Kundgebung aufgelöst. Plötzlich setzte sich ein Großteil der VersammlungsteilnehmerInnen in Bewegung und zog in einer Spontandemonstration in Richtung des Nazitreffpunktes. Die Polizei ver-

suchte dabei durch mehrere Polizeisperren die AntifaschistInnen am Erreichen des offiziell genehmigten Veranstaltungsortes zu hindern. Diese Absperrungen wurden jedoch alle trotz mehrfachen Schlagstockeinsatzes seitens der Polizei durch massive Entschlossenheit der Antifas durchbrochen.

Schließlich trafen die DemonstrantInnen auf dem Parkplatz des Wartbergfreibades ein und besetzten diesen. Eine Anreise von Neonazis an ihren von der Stadt genehmigten Versammlungsort war somit nicht mehr möglich. Die Naziveranstaltung wurde abgesagt.

<http://pforzheim.antifa.net/>

Neonazis klauen Ausstellung der VVN über Neofaschismus

PLÖN, KIEL. Als am 5. Februar 2002 SchülerInnen der Berufsschule des Kreises Plön die VVN-Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ anschauen wollten, erleb-

ten sie eine Überraschung. Alle 27 Tafeln waren verschwunden. Stattdessen lag nur noch ein Bekennerschreiben der „Aktionsgruppe Plön“ in der Sporthalle. Schulleitung und VVN-BdA stellten Strafantrag, die Kriminalpolizei Kiel ermittelte. Zunächst gegen Unbekannt. Stil und Sprache des Bekennerschreibens sind der VVN-BdA aber nicht unbekannt. Conny Kerth, Bundessprecherin der Vereinigung, erklärt: „Die Diktion grenzt den Täterkreis auf die militärtanten Neonazis der Freien Nationalisten ein. In dem Schreiben diffamiert die Aktionsgruppe die VVN als „selbsternannte Verfolgte des Naziregimes“, die mit den „Ausstellungstafeln durch die Landschaft marodiere“. Ähnliches kann auf der Homepage des „Aktionsbüro Norddeutschland“ gelesen werden. Anlässlich der Ausstellungseröffnung in Ludwigslust hatten dort Worch & Co zu Aktionen gegen die Ausstellung aufgefordert.

Seit mehr als einem Jahr wandert die Ausstellung in acht Exemplaren, unterstützt von der Gewerkschaft IG-Metall und dem Antifamagazin *Der Rechte Rand* durch alle 16 Bundesländer. Über 10.000 Besucher, vorwiegend Schülerinnen und Schüler, haben die Ausstellung schon gesehen. Allein in Freiburg wurde ihnen jüngst die Tafel 23 vorenthalten. Die Stadt beanstandete die Darstellung der Grauzone zwischen militärtanten Neonazis und der „gesellschaftlichen Mitte“.

Die Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ legt ihren Schwerpunkt auf die Darstellung der Ideologie des Neofaschismus, ausgehend vom Zentralelement der „Volksgemeinschaft“. Es folgen kürzere Abschnitte über die Organisation, über Zusammenhänge und Hintergründe sowie über Gegenstrategien. Jede der insgesamt 27 Tafeln besteht aus einer kurzen Erklärung und ca. 8 aktuellen Dokumenten unterschiedlicher Art, wie Fotos, CD-Cover, Screenshots von Internet-Seiten, Aufklebern, Plakaten, Textauszügen, Ka-



lender- und Katalog-Seiten usw.. Im Zusammenhang ergeben die Dokumente ein erschreckendes Porträt des Neofaschismus in seiner ganzen Breite. Es werden also nicht nur die gewaltbereiten Gruppen dargestellt und analysiert, sondern auch Wahlparteien, die rechte Musik- und Internetszene, internationale Kontakte, die Grauzone mit ihren Übergängen zu scheinbar „honorären“ Organisationen und historische Zusammenhänge. Wert gelegt wird in den drei Schlusstafeln darauf, dass es nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, Widerstand gegen Neofaschismus zu leisten. www.vvn-bda.de/ausstellung

Aktion in Berlin zur Unterstützung der spanischen Studentenbewegung

BERLIN. In Berlin protestierten am 20. Februar Studierende vor der spanischen Botschaft. Sie schreiben zu ihrer Aktion: „Seit vier Monaten protestieren spanische Studierende gegen das von der rechtskonservativen Regierung Aznar beschlossene Gesetz zur Neuordnung der Universitäten (LOU). Dieses soll die Kapitalisierung der Unis vorantreiben und ist überdies stark autoritär geprägt: die ohnehin kaum vorhandenen Mitbestimmungsmöglichkeiten werden zugunsten des Zentralstaates eingeschränkt. Immer wieder demonstrieren Hunderttausende gegen das Gesetz, mehrfach fanden Streiks statt, an denen sich zeitweilig auch 90% des Lehrpersonals beteiligten. Die Proteste werden u.a. von einigen linken Gewerkschaften (CGT, CCOO) unterstützt und richten sich auch gegen außer-universitäre Themen wie den Krieg gegen Afghanistan.“

Da die Bewegung durch bloße Ignoranz nicht tot zu kriegen war, versucht die spanische Regierung nun, den sogenannten „Kampf gegen den Terror“ auf soziale Bewegungen auszudehnen. So strebt sie an, die Globalisierungskritischen Bewegungen EU-weit als „terroristisch“ einzustufen zu lassen. In der vergangenen Woche wurden in Sevilla 16 Studierende teils auf der Straße, teils in ihren Wohnungen verhaftet. Zeitgleich wurde der Campus von Einsatzkräften, teilweise in anti-riot-gear besetzt. Obwohl die Vorwürfe (u.a. „Schänden der Staatsfahne“) geringfügig waren, wurden die Verhafteten teilweise länger als 24 Stunden festgehalten. Mehrere Studierende wurden aufgrund ihrer politischen Aktivitäten zwangsexmatrikuliert. Grundlage für diese Maßnahme stellt ein Gesetz von 1954, also aus der Zeit des Diktators Francisco Franco, dar!

Dieser Schlag erfolgt nicht zufällig: in Sevilla findet im Juni diesen Jahres der nächste EU-Gipfel statt. Die spanische Studierendenbewegung beteiligt sich an der Gegenmobilisierung hierfür. Zudem sind für März in Salamanca parallel zum Treffen der EU-KultusministerInnen ein „Social Forum on Education and Culture“ und Großdemos geplant. Diese stehen



nicht zuletzt im Kontext der EU-weiten studentischen Mobilisierung und Vernetzung für ein freies, soziales und demokratisches Bildungswesen („Public Education is not for sale!“), an der sich im Dez. unter anderem auch FU und HU mit Streiks und einer Demo beteiligten. Der Angriff des spanischen Staates auf die Studierendenbewegung ist auch ein Angriff auf uns.“ <http://proteste.x-berg.de>

Alternativer Karneval in Köln – Kritische Transparente und Masken

KÖLN. Bei strömendem Regen machten sich die Jecken und Narren des alternativen Karnevals auf den Weg. Zunächst schien die Strecke für den diesjährigen Geisterzug etwas unglücklich gewählt, doch beim genaueren Hinschauen wurde deutlich, dass sich die Veranstalter bei der Wegstrecke etwas gedacht haben. Viele Teilnehmer bekamen ein unbekanntes, aber dennoch sehr kölsches Gesicht der Stadt zu sehen. Es wäre aber kein wirklich alternativer Zug, würden nicht auch politische Aussagen vom Geisterzug ausgehen. Es waren Transparente zu lesen, die sich gegen den Krieg der USA richteten. Auch der Abbau demokratischer Rechte durch Schilys „Sicherheitspolitik“ (*Bild* gegen die Rasterfahndung) standen in der Kritik der alternativen Jecken. Bild: www.arbeiterfotografie.com



SPD-Oberbürgermeister scheut den Druck durch Wehrmachtausstellung

SCHWÄBISCH HALL. Der sozialdemokratische OB der Stadt Schwäbisch Hall, Pelgrim, verweigert dem Initiativkreis die Gartenschauhalle für die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“ im Wahlkampfmonat 2002. Der Initiativkreis hatte eine 100%ige Zusage vom Hamburger Institut für Sozialforschung. Die Verträge waren unterschriftsreif. Die

Ausstellung sollte in Schwäbisch Hall in den Monaten August–Oktober 2002 gezeigt werden. Als einzigen gewichtigen Grund nennt er neben der Ferienzeit den „Wahlkampf“, der es ihm unmöglich macht, hinter dieser Ausstellung zu stehen. Die nun lediglich nur noch 50%ige Chance, die Ausstellung im Frühjahr 2003 in Schwäbisch Hall zu zeigen, ist für den OB eine fast 100%ige Zusage.

Der Initiativkreis, der ca. 25 Initiativen, Gruppierungen, Vereine, Institutionen und Einzelpersonen umfasst, protestiert gegen diese Haltung: „Der sozialdemokratische OB schafft das, was die NPD und der Rechtsaußen der CDU im Wahlkreis Hohenlohe von Stetten nicht schaffen würden: die Ausstellung in Schwäbisch Hall zu einem gesicherten Zeitpunkt 2002 zu verhindern ... 10 Leute, die die Ausstellung als Personal pro Tag benötigen, wären durch die Gruppen und Vereine abgedeckt. Für die Stadt Hall wären keine Kosten entstanden. Mit dieser Entscheidung titt OB Pelgrim das freiwillige Einbringen von Arbeitsleistungen derjenigen Personen mit Füßen und schüttet seinen Hohn über diese Menschen aus. Diese Ideologie und Sichtweise ist beschämend, aber auch sehr ernüchternd.“ *Kommunaler Alltag, Linkes Heilbronner Monatsblatt, Nr. 2/2002*

100 Tage neuer Senat im Hamburg

HAMBURG. Aus Anlass des 100-Tage-„Jubiläums“ des CDU/Schill/FDP-Senats haben am 16. Februar bei der Veranstaltung „100 Tage sind genug“ 80 TeilnehmerInnen aus verschiedenen linken Initiativen, Organisationen und Zusammenhängen eine gemeinsame Diskussion zur Bewertung von Strategie und Politik des Hamburger Senats geführt. VertreterInnen und Vertreter von Betrieben, Einrichtungen und Initiativen aus den Bereichen Verkehr, Frauenberatungsstellen, Gesundheitswesen, Arbeitsmarktpolitik, Migration, Bildung und Innere Sicherheit haben über die Auswirkungen der Politik des CDU/Schill/FDP-Senats, aber auch der rot-grünen Bundesregierung, auf ihre jeweiligen Bereiche sowie über geplante oder bereits laufende Protest- und Widerstandsformen berichtet. Das Treffen hat verabredet, die gegenseitige Information und Zusammenarbeit zu verstärken und gemeinsam themenübergreifenden Widerstand gegen diese Politik zu entwickeln, zum Beispiel mit Kampagnen und Aktionen während der Haushaltsberatungen im April.

Lokalberichte Hamburg Nr. 4

Bundesweites Treffen Runder Tische

DRESDEN. Der bundesweite Runde Tisch der Erwerbslosenorganisationen und Sozialhilfeinitiativen führt vom 1.–3. März eine Konferenz im Volkshaus Dresden durch. Es geht um die Perspektiven der Erwerbslosenbewegung. *BAGSHI*

Zahl der Wohnungslosen in Deutschland

BAG Wohnungslosenhilfe legt Jahresschätzung vor

In Deutschland gibt es keine bundeseinheitliche Wohnungsnotfall-Berichterstattung, deswegen legt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) wie jedes Jahr ihre Schätzung zur Zahl der Wohnungslosen vor. Kern des BAG Schätzmodells ist die Beobachtung der Veränderungen des Wohnungs- und Arbeitsmarktes, der Zuwanderung, der Sozialhilfebedürftigkeit sowie regionaler Wohnungslosenstatistiken. Die Schätzung der BAG differenziert zwischen wohnungslosen Personen in Mehrpersonenhaushalten (Familien, Alleinerziehende, Paare), alleinstehenden Wohnungslosen (Einpersonenhaushalte) und wohnungslosen Aussiedlern in Übergangsunterkünften. Aufgrund der schwierigen Datenlage ist eine Schätzung nur für 2000 und 2001 möglich, für das aktuelle Jahr kann die BAG W lediglich eine Prognose vorstellen.

Jahresschätzung 2000: 500.000 Wohnungslose im Jahr 2000

Die Zahl der Wohnungslosen hat sich im Jahr 2000 weiter verringert. Für das Jahr 2000 schätzt die BAG W die Zahl der Wohnungslosen auf 500.000. Damit hat sich die Gesamtzahl der Wohnungslosen nach Einschätzung der BAG W gegenüber dem Jahr 1999 um ca. 9% reduziert.

Die Zahl der Wohnungslosen in Ein- und Mehrpersonenhaushalten ohne Aussiedler in Übergangsunterkünften verringerte sich von 440.000 im Jahr 1999 um ca. 12% auf ca. 390.000 im Jahr 2000.

Die Zahl der Aussiedler in Übergangsunterkünften beträgt unverändert

110.000, d.h. der Rückgang der Wohnungslosenzahlen ist im Gegensatz zu den Vorjahren nicht auch auf den Abbau der Belegung in Übergangsunterkünften zurückzuführen.

Die Rückläufigkeit der Gesamtzahlen wird auch durch die im Hilfesystem für alleinstehende Wohnungslose nach § 72 BSHG zu beobachtenden sinkenden Fallzahlen der erstmals wohnungslos gewordenen Personen bestätigt. Die Zahl der wohnungslosen Einpersonenhaushalte sinkt von ca. 180.000 in 1999 auf ca. 170.000 in 2000.

Wohnungslosigkeit in Ost- und Westdeutschland

In Ostdeutschland stagniert die Zahl der Wohnungslosen. Während seit 1998 sowohl in Ostdeutschland wie in Westdeutschland die Zahl der Wohnungslosen gesunken ist, stagniert der Rückgang im Osten im Jahr 2000.

Für Westdeutschland schätzt die BAG 340.000 Wohnungslose (ohne Aussiedler) für 2000 (1999: 390.000); für die ostdeutschen Bundesländer schätzt die BAG 50.000 Wohnungslose (ohne Aussiedler) (1999: ca. 50.000).

Frauenanteil und Anteil der Kinder und Jugendlichen

Bei den Einpersonenhaushalten (alleinstehenden Wohnungslosen) muss von einem Frauenanteil von ca. 21% ausgegangen werden, dies entspricht ca. 34.000 Frauen. Der Frauenanteil unter den Wohnungslosen (ohne Aussiedler) insgesamt liegt bei 23%, das sind ca. 90.000 (1999:

100.000) Frauen. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen liegt bei ca. 22% (85.000, 1999: 110.000 Personen) und die Zahl der Männer bei ca. 55% (215.000, 1999: 230.000 Personen).

Wohnungslose ohne jede Unterkunft

Ca. 14% der alleinstehenden Wohnungslosen, also ca. 24.000 Menschen, lebten im Laufe des Jahres 2000 ohne jede Unterkunft auf der Straße, darunter ca. 2.000 bis 2.500 Frauen.

Jahresschätzung 2001

Da für das Jahr 2001 noch nicht alle Basisdaten vorliegen, kann z. Zt. nur die Entwicklung der Zahlen in Westdeutschland genauer angegeben werden. Für Westdeutschland schätzt die BAG 310.000 Wohnungslose (ohne Aussiedler) für 2001. Im Osten rechnet die BAG W auch für 2001 mit einer Stagnation, evtl. sogar schon einem Anstieg der Wohnungslosenzahlen.

Dazu erklärte Martin Berthold, Vorsitzender der BAG Wohnungslosenhilfe: „Der anhaltende Rückgang der Wohnungslosenzahlen in den westdeutschen Bundesländern bis 2001 ist ein Erfolg der Anstrengungen von Kommunen und freien Trägern der Wohnungslosenhilfe bei der Verhinderung von Wohnungsverlusten.“

So haben freie Träger in der Wohnungslosenhilfe in den letzten Jahren ihr ambulantes Beratungsangebot ausgebaut und damit auch die Vermittlung in Wohnraum erleichtert. Zahlreiche Kommunen konnten durch Mietschulden-

Tübingen/ Reutlingen: social forum gegründet!

Im Rahmen eines Hearings lokaler Gruppen und Initiativen wurde in Tübingen das erste lokale „social forum“ (Plattform globalisierungskritischer Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen) in der Bundesrepublik Deutschland gegründet.

Am „Hearing Tübinger und Reutlinger Initiativen zu den lokalen Folgen der neoliberalen Globalisierung“ in der Eberhardsgemeinde in Tübingen haben am Samstag, 23.2.2002, 200 Personen teilgenommen, 25 Gruppen und Initiativen waren aktiv beteiligt.

Nach einem einleitenden Vortrag der Politologin Daniela Setton (Frankfurt) stellten zwölf Gruppen in Redebeiträgen ihre Arbeit und die Auswirkungen von Privatisierung, Mittelkürzung, Flexibilisierung, etc. auf ihr Leben bzw. ihre Aktivitäten dar.

Um die Vielfalt und Breite deutlich zu machen, sollen diese Gruppen hier auch genannt werden: AK Stellenstreichung der Fachschaftsrätevollversammlung an der Universität Tübingen; Personalrat des Universitätsklinikums Tübingen;

Klimagruppe Tübingen; Initiative gegen die geplante Bioethikkonvention; Arbeiterbildungsverein Reutlingen; Club für Behinderte und ihre Freunde in Tübingen und Umgebung e.V.; Theatergruppe des Zentral Amerika Komitee; ATTAC Tübingen; Aidshilfe Tübingen; Kein Mensch Ist Illegal Tübingen; DGB-Arbeitskreis Tübingen/ Reutlingen; Friedensplenum Tübingen. Weitere Initiativen die mit Wandzeitungen, Infotischen etc. beteiligten waren: Infoladen Tübingen; Informationsstelle Militarisierung, IMI; Freie ArbeiterInnen Union Tübingen, FAU; Cubagruppe Tübingen; Wohnprojekt Schellingstraße; Wohnprojekt Wilhelma; Tübinger Arbeitslosen Treff, TAT; Kirchen(asyl)-Plenum; Gruppe Arbeitermacht Tübingen; Freies Radio Wüste Wüste; Bündnis gegen Abschiebehaft Tü-

bingen; Frauen International Tübingen, FIT.

Durch die Beiträge der Gruppen wurde deutlich: Die neoliberalen Globalisierung zerstört das menschliche Zusammenleben in Tübingen/Reutlingen und weltweit. Dagegen wollen wir Protest und Widerstand organisieren. Eine andere Welt ist nötig – und möglich!

In der abschließenden Diskussion über die Zusammenarbeit in einem lokalen „social forum“ wurden Ideen gesammelt und weitere Zusammenkünfte zur Planung von ersten gemeinsamen Aktionen vereinbart. Nach dem Vorbild des Genua social forum haben sich nach Protesten gegen den G8-Gipfel in ganz Italien „social forums“ als gesellschaftliche Plattformen des außerparlamentarischen Widerstandes gebildet. Mit dem „social forum Tübingen/Reutlingen“ ist damit das erste lokale „social forum“ in der Bundesrepublik Deutschland gegründet worden. Kontaktadresse: socialforum-tuebingen@gmx.de

www.niatu.net/socialforum-tuebingen

übernahmen den Wohnungsverlust verhindern.

Allerdings wird durch die Abschwächung des Rückgangs deutlich, dass die positiven Wohnungsmarkteffekte, die auf die hohe Rate fertig gestellter Wohnungen in den Jahren 1994-1999 zurückzuführen waren, allmählich auslaufen.

Warnung für 2002

„Mit Blick auf die Zukunft muss wieder mit einem Anstieg der Wohnungslosigkeit gerechnet werden“, so Martin Berthold, „da in den kommenden Jahren der verfügbare Sozialwohnungsbestand, auf den einkommensschwache Haushalte angewiesen sind, weiter rückläufig sein wird.“

Darüber hinaus ist die Zahl der von Wohnungsverlust bedrohten Haushalte von 1999 auf 2000 nach Angaben von Kommunen wie schon im Vorjahr angestiegen. Wichtigste Gründe für diese Entwicklung sind die Langzeitarbeitslosigkeit vieler Haushalte und die damit einhergehende steigende Sozialhilfebedürftigkeit.

Auch die Zahl der akut Wohnungslosen steigt seit Mitte 2001 insb. in einzelnen Großstädten wieder deutlich an. Diese Entwicklung könnte sich 2002 auch in anderen Städten fortsetzen.

BAG W fordert Gesetzesinitiative

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe fordert die Bundesregierung auf, umgehend eine Gesetzesinitiative zur Einführung einer bundesweiten Wohnungslosenstatistik vorzulegen.

Nachdem schon 1998 das Statistische Bundesamt in einer „Machbarkeitsstudie zur statistischen Erfassung von Wohnungslosigkeit“ die Durchführbarkeit einer bundesweiten Statistik bejaht hatte, räumte eine in NRW durchgeführte Testerebung letzte technische Erfassungsprobleme aus. Die Politik muss endlich ihre Verantwortung für ein jährliches umfassendes statistisches Bild der Wohnungslosigkeit wahrnehmen, so wie es in anderen Bereichen längst selbstverständlich ist. Dabei sollten nach Ansicht der BAG W die Daten der von Wohnungsverlust bedrohten Haushalte unbedingt bei der Erhebung berücksichtigt werden, um den jährlichen Präventionsbedarf abzuschätzen. „Vorbeugende Hilfe ist besser als zu warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist“, sagte Berthold.

Die Datenlücken beim ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung haben auch nach Meinung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung deutlich gemacht, dass es hier Nachholbedarf gibt. Eine ernst zunehmende Armutsberichterstattung kann auf zuverlässige und regelmäßige Daten zur Wohnungslosigkeit nicht länger verzichten.

Bielefeld, den 31.01.02
www.bag-wohnungslosenhilfe.de

„Runder Tisch St. Jacobi“ mit Ecken und Kanten lässt Obdachlose unter den Tisch fallen

Voll im Trend: Hamburgs neue Milde

Hamburg. Mit Entsetzen und Empörung hat die Sozialpolitische Opposition (SOPO) die Vorschläge des Runden Tisches vernommen und nimmt hierzu wie folgt Stellung

Vertreibung unter dem Deckmantel der Mildtätigkeit

Mit den vom Runden Tisch vorgeschlagenen Sammelbüchsen entsteht eine vom Runden Tisch ausdrücklich erwünschte Konkurrenz-Situation für die Bettler mit den Einzelhandelsgeschäften, in denen diese Dosen aufgestellt werden sollen. „Die Spendendosen sollen eine Alternative zu den Spenden an die Obdachlosen und Bettler bieten.“ Bettlern und Obdachlosen soll hierdurch das Betteln in der Stadt erschwert und der Aufenthalt für sie so unangenehm wie nur möglich gemacht werden. Die Bereitschaft der Konsumenten und des Einzelhandels zu sozialer Verantwortung durch Spenden wird pervertiert und zu verdeckten Instrumenten der Vertreibung.

Die Aussagen des Runden Tisches, „Niemand müsse sich genötigt fühlen, Bettlern Geld zu spenden“ und „Direkte Spenden an die Betroffenen stellen keine echte Hilfe dar“ sind skandalös und an Sarkasmus und Menschenverachtung nicht mehr zu übertreffen. Der Runde Tisch stellt sich hiermit auf eine Ebene mit den unrühmlichen Bettlerpäpieren und der vor Jahren gelaufenen skandalösen Kampagne „In Hamburg muss niemand betteln!“ Durch solche Aussagen wird das soziale Klima in der Innenstadt weiter verschärft. Die Kirchen und die sozialen Initiativen, die am Runden Tisch teilnehmen und diese Vorschläge auch noch unterstützen, machen sich zu Protagonisten eines menschenverachtenden Klimas in der Innenstadt. Bettler nötigen niemanden zum Spenden! Das Leben auf der Straße ist teuer, deshalb sind Bettler weiterhin auf jede Spenden angewiesen.

Sozial-Senatorin Schnieder-Jastram: Flieht vor der sozialen Verantwortung der Stadt für Obdachlose und treibt die Vertreibung weiter voran

Das Versprechen von Senatorin Schnieder-Jastram, auf jeden gespendeten Euro einen draufzupacken, ist eine neoliberale Mogelpackung und ein verstecktes Sparpaket.

Würde die Senatorin die Notwendigkeit von weitren Hilfeangeboten für Obdachlose und Bettler und auch die soziale Verantwortung der Stadt hierfür anerkennen, dann würde auch die Stadt für die Finanzierung entsprechender Projekte einstehen müssen. Hiervon ist aber nicht die Rede. Stattdessen sollen Stra-

ßensozialarbeiter aus anderen Projekten abgezogen – also faktisch in anderen Projekten gestrichen – werden und die Obdachlosen durch „sozial motivierendes Drängen“ zwangsintrigieren.

Obdachlosigkeit und Armut werden gesellschaftlich produziert und sind daher auch von der Gesellschaft zu verantworten. Die soziale Verantwortung der Stadt wird nun jedoch auf das beliebige Spendenaufkommen der Hamburger reduziert. Die Sozial-Senatorin flieht so vor dieser sozialen Verantwortung. Die Spenden sollen für die Finanzierung von bestehenden sozialen Hilfs- und Betreuungseinrichtungen und zur Teilfinanzierung von Straßensozialarbeitern verwendet werden. Die Spenden dienen also dem Senat dazu, weitere Gelder einzusparen.

Durch ihre vorbehaltlose Unterstützung für die Spendenaktion wird die Senatorin zur Protagonistin einer neuen subtilen Vertreibung.

Keine weiteren Massenunterkünfte



Der Vorschlag, zwei bis drei neue Wohnunterkünfte mit insgesamt bis zu 180 Plätzen zu schaffen, wird den Bedarfen der Obdachlosen nicht gerecht. Es ist hinlänglich bekannt, dass Massenunterkünfte von Obdachlosen gemieden werden, da sie nicht deren Bedarfen entsprechen. Konkretere Angaben hierzu als auch zu dem in Aussicht gestellten Wohnraum fehlen.

Weitere Hilfeangebote erforderlich

Die SOPO fordert eine Ausweitung der Hilfeangebote für Obdachlose und Bettler, die sich an den Bedarfen der Obdachlosen und nicht des Einzelhandels orientiert. Es müssen zusätzliche Projekte sein, die aber nicht zur weiteren Vertreibung missbraucht werden dürfen. Es müssten kleinteilige Anlauf-, Betreuungs- und Beratungsstellen sowie kleinteilige Übernachtungs- und Wohnunterkünfte im Innenstadtbereich als auch in anderen Stadtteilen vorgehalten werden. Es muss günstiger Wohnraum geschaffen werden. Es müssen zusätzliche Stellen für die Straßensozialarbeit geschaffen werden. Notwendig sind vor allem weitere Angebote, die helfen, Obdachlosigkeit zu vermeiden. Die Sozialbehörde ist verantwortlich, entsprechende Angebote vorzuhalten. – Die Stadt gehört allen! Keine Vertreibungsmaßnahmen!

Lokalberichte Hamburg Nr. 4/2002



BAG Wohnungslosenhilfe darf bahnkritische Plakate nicht kleben

Bahn AG: Kritik unerwünscht

„Die Entdeckung Bahnhof. Wer nicht konsumiert muss raus!“ Dies ist der Slogan einer bundesweiten Plakataktion, mit der die BAG Wohnungslosenhilfe gegen die Ausgrenzung von wohnungslosen und armen Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus den Bahnhöfen und Innenstädten protestiert. Die Plakate sollten auch auf Werbeflächen in den Bahnhöfen selbst aufgehängt werden. Dem hat sich nun die Bahn AG verweigert. „Plakate, die nicht im Interesse der Bahn AG sind, hängen wir nicht auf!“ erklärte ein Sprecher der Bahnreklame, einer Tochtergesellschaft der Bahn AG. Die Bahnreklame besitzt nicht nur Werbeflächen in den Bahnhöfen, sondern auch in einigen Städten in U- und S-Bahn-Stationen. Im Oktober letzten Jahres hatte der Vorsitzende der Bahn AG, Hartmut Mehdorn, erklärt, Wohnunglose gehörten nicht in den Bahnhof. Von den Bahnhofsmissionen forderte er, die Essensausgabe einzustellen, um keine zusätzlichen

Anreize für Wohnungslose zu schaffen. Die BAG Wohnungslosenhilfe, Dachorganisation der Dienste und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, hatte in ei-

nem Brief an Mehdorn gegen diese Haltung protestiert, aber ihm zugleich ein Gesprächsangebot gemacht. Eine Antwort des Bahnchefs steht immer noch aus. Nun wird ab dem 22. Februar mit einer bundesweiten Plakataktion auf das Problem aufmerksam gemacht werden. Die BAG W fordert die Bahn auf, ihr Plakatverbot nochmals zu überdenken und mit der Wohnungslosenhilfe in einen kritischen Dialog zu treten. „Wir halten es für falsch, dass sich die Bahn AG offensichtlich jeder kritischen Auseinandersetzung mit ihrem Vorgehen gegen arme Bürgerinnen und Bürger entziehen will.“

Wir werden uns davon aber nicht abschrecken lassen. Die Plakate werden dann eben so nah wie möglich an den Bahnhöfen und in den Innenstädten geklebt“, erklärte Martin Berthold, Vorsitzender der BAG Wohnungslosenhilfe.

Bielefeld,
den 28.1.02
www.die-entdeckung-bahnhof.de



BAG Wohnungslosenhilfe: Auch wer nicht reist und nicht konsumiert, darf sich in Bahnhöfen aufhalten

Rechtsgutachten: Allgemeiner Aufenthalt in Bahnhöfen ist zulässig

Mit einer bundesweiten Plakataktion protestiert die BAG Wohnungslosenhilfe gegen den Versuch der BAHN AG missliebige Personengruppen aus den Bahnhöfen zu vertreiben. Die großflächigen Plakate mit dem Aktionsmotto: „Die Entdeckung Bahnhof. Wer nicht konsumiert muss raus!“ werden in über 100 Städten geklebt. Die Plakate sollten auch auf Werbeflächen in den Bahnhöfen selbst aufgehängt werden. Dem hat sich die Bahn AG verweigert. „Plakate, die nicht im Interesse der Bahn AG sind, hängen wir nicht auf!“ erklärte ein Sprecher der Bahnreklame, einer Tochtergesellschaft der Bahn AG.

Besonders ins Visier genommen hatte Bahnchef Hartmut Mehdorn die Wohnunglosen. Im Oktober letzten Jahres erklärte er, Wohnunglose gehörten nicht in den Bahnhof. Die Bahnhöfe in Deutschland sollten sauberer werden.

„Mit unserer Aktion wollen wir dazu beitragen, dass wohnungslose und arme Bürgerinnen und Bürger nicht zu Sündenböcken für ein mangelhaftes soziales Sicherungssystem erklärt werden“, sagte Martin Berthold, Vorsitzender der BAG Wohnungslosenhilfe. „Die Verdrängung und Vertreibung Armer aus dem öffentlichen Gesichtsfeld beseitigt nicht die

Ursachen von Armut und ihren Begleiterscheinungen. Sie vertiefen nur die Spaltung der Gesellschaft.“ Zum Aktionsbeginn stellte die BAG W ein von ihr in Auftrag gegebenes Gutachten - zur rechtlichen Stellung der Bahnhöfe, dem Recht auf Zugang und Aufenthalt sowie der Zulässigkeit von Hausverboten - vor.

Die wichtigsten Ergebnisse des Rechts-gutachtens:

- **Auch wer nicht konsumiert darf rein! - Allgemeinzugänglichkeit muss gewährleistet sein!**

Die rechtliche Stellung der Bahnhöfe macht es nötig, dass sie für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sind. Die Organisationsprivatisierung der Bahn, d.h. die Überführung der Bahn in ein nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführtes Unternehmen hat daran nichts geändert. Diese rechtliche Stellung der Bahnhöfe beruht auf den widmungsrechtlichen Vorgaben, nach denen die Bahnhöfe von jedermann für Reisezwecke genutzt werden können, und der Öffnung der Bahnhöfe als „Marktplatz“ für das allgemeine Publikum auch jenseits eines Reisezwecks. Je deutlicher die Bahn AG selbst mit ihrer Marketingkampagne „Die Entdeckung Bahnhof“ sich als Teil

des innerstädtischen Geschäftslebens präsentiert desto weniger kann sie einzelne Bürger und Bürgerinnen von der Nutzung ausschließen.

• Grundrechtsbindung der Bahn

Nach dem Grundgesetz unterliegt jedliches staatliche Handeln der Bindung an die Grundrechte, unabhängig davon, ob das staatliche Handeln in privatrechtlicher oder in öffentlich-rechtlicher Form erfolgt. Es ist also von einem grundrechtlichen Schutz des allgemeinen Zugangs auszugehen. In der Rechtsprechung ist der grundrechtliche Anspruch auf Zugang und Aufenthalt zu bestimmten Flächen im Zusammenhang mit dem Gemeingebräuch im Straßenrecht entwickelt worden. Art. 2 I GG gewährleistet nach dieser Auffassung einen Zugang der Allgemeinheit zu allen öffentlichen Einrichtungen, Art 3 I GG sichert in Verbindung mit Art. 2 I GG, dass bei Zugangsregelungen der Gleichheitssatz beachtet wird und Art. 11 I garantiert das Recht auf Freizügigkeit. Auch hier gilt: Nach den widmungsrechtlichen Vorgaben und dem Marketingkonzept der Bahn AG ist der allgemeine diskriminierungsfreie Zugang zu den Bahnhöfen durch das Grundgesetz geschützt.

• Die Hausordnung darf die Allgemein-

zugänglichkeit der Bahnhöfe nicht in Frage stellen

Die Bahn AG darf zwar mit ihrer Hausordnung einzelne Verhaltensweisen verbieten, die die Funktion der Bahnhöfe und die Rechte anderer Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen, aber mit der Hausordnung darf die Allgemeinzugänglichkeit nicht in Frage gestellt werden. Die Hausordnung der Bahn AG verbietet das „Herumlungen von Personen“. Diesem Verbotsstatbestand fehlt die rechtsstaatlich gebotene Bestimmtheit. Solch ein Verbot öffnet Tür und Tor für eine gezielte Diskriminierung und Vertreibung einzelner Personengruppen.

• Strafgerichte müssen prüfen, ob ein Hausverbot rechtlich zulässig ist

Bei Verstößen gegen die Hausordnung kann die Bahn AG Hausverweise und Hausverbote erteilen. Im Falle einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch gemäß § 123 StGB auf Grund eines Verstoßes gegen ein Hausverbot müssen die Strafgerichte aber prüfen, ob das ergangene Hausverbot überhaupt rechtlich zulässig war. In der Vergangenheit wurden von den Strafgerichten im Rahmen dieser Prüfung einzelne seitens der Bahn ergangene Hausverbote für rechtswidrig erklärt. Der strafgerichtlichen Rechtsprechung kommt somit eine wichtige Rolle bei der Überprüfung der rechtlichen Zulässigkeit von Maßnahmen des Hausrechts seitens des DB AG zu.

Bestärkt durch die Ergebnisse des vorgelegten Gutachtens, fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. die Bahn AG auf:

- die allgemeine Zugänglichkeit der Bahnhöfe für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Die Freiheitsrechte des Einzelnen, das Grundrecht auf Freizügigkeit darf nicht zur Disposition gestellt werden.
- sich von ihrer Diskriminierung obdachloser Personen öffentlich zu distanzieren;
- das Verbot des „Herumlungen“ umgehend aus den Verbotsstatbeständen der DB-Hausordnung zu streichen;
- Sorge zu tragen dafür, dass bei der Verhängung von Hausverboten der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt wird;
- den Dialog mit der Wohnungslosenhilfe und ihren sozialen Diensten vor Ort zu suchen. „Die BAG Wohnungslosenhilfe wünscht sich einen konstruktiven und direkten Dialog mit dem Vorstand der Deutschen Bahn AG“, erklärte Martin Berthold, Vorsitzender der BAG W. „Wir möchten aus der Sicht der praktischen Hilfen für Wohnunglose unsere rechtlichen und sozialpolitischen Einwände und Bedenken gegen den gegenwärtigen Kurs der Bahn AG formulieren und diskutieren mit dem Ziel einer für alle Seiten akzeptablen Lösung.“

Bielefeld, den 21.02.2002
www.die-entdeckung-bahnhof.de

Stadtrat lehnt Bau des Transrapid ab.

MÜNCHEN. Mit den Stimmen der rot-grünen Mehrheit sowie von DagG und ÖDP hat der Münchner Stadtrat beschlossen: 1. Für den Stadtrat ist erkennbar, dass auf absehbare Zeit eine Finanzierung des Transrapid aus Bundesmitteln nicht möglich ist. 2. Nach allen Erkenntnissen geht eine Finanzierung des Transrapid aus Landesmitteln zu Lasten des dringend notwendigen und längst überfälligen S-Bahn-Ausbaus und wird deshalb abgelehnt. 3. Unter den gegebenen Bedingungen lehnt der Stadtrat den Transrapid München zwischen Hauptbahnhof und Flughafen ab und fordert statt dessen den Bau einer Express-S-Bahn zum Flughafen. „Spät, aber nicht zu spät, hat die SPD sich entschieden, auf den Kurs der Grünen einzuschwenken und die Bedürfnisse des öffentlichen Nahverkehrs im Großraum München nicht einem Milliardenprojekt zu opfern, dessen industrie-politischer Ertrag höchst zweifelhaft ist“, kommentiert der stellv. grüne Fraktionsvorsitzende Boris Schwartz. PM 20.02.2002

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

UMTS-Anlagen beschränken.

ESSEN. Die PDS-Gruppe im Rat begrüßt den Kriterienkatalog der Verwaltung zu den gesundheitlichen und rechtlichen Aspekten für Mobilfunkanlagen in Essen und die Absicht, eine Karte aller bestehenden Mobilfunksendeanlagen auf städtischen Gebäuden in Essen zu erstellen. Beides geht auf einen Antrag der PDS vom August 2001 zurück, der an den Gesundheitsausschuss überwiesen wurde. Der vorliegende Katalog schöpft die kommunalen Möglichkeiten jedoch nicht aus. Obwohl Konsens besteht, im Umfeld von Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und Altenheimen keine Mobilfunk- und UMTS-Anlagen zu bauen, soll dies z.B. bei Schulen, die eine UMTS-Anlage wollen, unter bestimmten Bedingungen doch möglich sein. Dagegen hat sich inzwischen auch der Schulausschuss ausgesprochen. Wenn gesundheitliche Gefahren zu befürchten sind, darf niemand in sensiblen Bereichen Sende-Anlagen aufstellen, auch wenn der Mietzins lockt. Das Problem dabei ist, dass die Grenzwerte sehr hoch liegen. Deshalb hat die PDS schon im letzten Jahr vorgeschlagen, die Abstrahl-Standortwerte auch mit den erheblich niedrigeren „Schweizer Versorgungswerten“ abzugleichen. Gleichzeitig wünscht sie eine gründlichere Überprüfung der rechtlichen Möglichkeiten, auf privat installierte Sendeanlagen gegebenenfalls mit Hilfe des Baurechts Einfluss zu nehmen. PM 18.02.2002

www.pds-essen-im-rat.de

CDU will Bürgerhäuser schließen.

KÖLN. Die Ankündigung des Fraktionsvorsitzenden Prof. Bietmann, die Mittel

der städtischen Bürgerhäuser von 4,3 Mio. Euro um 25 Prozent auf 3,3 Mio. zu kürzen, kann nur heißen, dass die Personalstellen drastisch zusammen gestrichen werden. Für das Bürgerhaus Deutz bedeuten die 25-prozentige Kürzung eine Reduzierung um 75.000 Euro, danach müssten 2 Planstellen gestrichen werden. Dann hätte das Bürgerzentrum noch eine Stelle und müsste das Angebot total reduzieren. „Das ist eine gezielte Schließung auf Raten“ kritisiert PDS-Ratsmitglied Detjen Bietmanns Politik. „Auch vielen Jugendprojekten, die in den Bürgerhäusern abgewickelt werden, wird auf diese Weise der Garaus gemacht“ meint Detjen. Solche Projekte, die über andere Haushaltstellen finanziert werden, können nur dann durchgeführt werden, wenn eine gewisse Infrastruktur vorhanden ist. Bietmanns Vorbild, das Bürgerhaus Rath-Heumar, ist eine Vermietungsanlage für Vereine. „Köln braucht Bürgerhäuser mit sozialpolitischen Zielen in sozialen Brennpunkten und keine Vermietungshäuser“ meint Ratsmitglied Detjen. 22.02. www.pds-koeln.de

Mehr Eigenverantwortung für Arbeitsämter.

BERLIN. Die Arbeitsverwaltung muss nach Auffassung des Deutschen Städetages dienstleistungsorientiert umgebaut und dezentralisiert werden, die Vermittlung in Arbeit muss dabei absoluten Vorrang erhalten. Der Bund habe es versäumt, die Rahmenbedingungen für den bundesdeutschen Arbeitsmarkt im Bereich der Wirtschafts-, Abgaben- und Steuerpolitik nachhaltig positiv zu verändern. Stattdessen werde eine ziellose Diskussion darüber geführt, wie man auf die Kommunen über die bestehenden Belastungen durch die hohe Langzeitarbeitslosigkeit hinaus weitere Aufgaben und Ausgaben im Bereich der Arbeitslosenhilfe verlagern könne. „Eine nahezu ausschließlich zentral gesteuerte Super-Arbeitsverwaltung hat zwangsläufig zu großen Effizienzverlusten, wenn es darum geht, zeitnah und gezielt auf die Entwicklungen am Arbeitsmarkt reagieren zu können“, sagte Frau Roth.

Kritisch sehe der Deutsche Städetag, wie zaghaft mit dem Job-AQTIV-Gesetz versucht werde, der individuellen Arbeitsvermittlung den nötigen Stellenwert zu verschaffen. Bei einem Schlüssel von einem Vermittler auf 500 Stellensuchende könnte von einer Individualisierung der Arbeitsvermittlung nach wie vor keine Rede sein. Eine Verstärkung der Möglichkeiten zur privaten Vermittlung sei zwar überfällig, jedoch kein Allheilmittel, weil sich kommerzielle Vermittlung in der Regel nur rechne, wenn sie sich auf „gute Risiken“ beschränke.

www.staedtetag.de
Zusammenstellung: ulj

Darüber muss in dieser Tarifrunde gesprochen werden:

Was bedeutet Armut in der BRD?

Die Abteilung Sozialpolitik des IG Metall Vorstandes, unter Leitung von Horst Schmitthenner, hat im Januar 2002 ein Papier zur Kritik der Kombilöhne vorgelegt, in dem sich eine Reihe nützlicher Argumente finden (siehe Kasten). Die diesjährige Tarifrunde in der Metallindustrie wird nur dann ein wirklicher Schritt ge-

gen die Reallohnsenkungen der letzten Jahre werden, wenn der Zusammenhang zur gesellschaftlichen Vereinigung hergestellt und die öffentliche Kritik daran geführt wird. Das wäre auch eine gewisse Abkehr von „Standort Deutschland“-Argumenten. Es geht nicht darum, ob die „deutsche Wirtschaft“ Lohnerhöhungen

in Richtung der gestellten Forderung aushält, sondern ob die dringend erforderliche Aufbesserung der Einkommen von Millionen Haushalten zum Ausgangspunkt gemacht wird. Denn ein Zusammenhang zwischen Lohnverzicht und „Schaffung von Arbeitsplätzen“ besteht ja erwiesenermaßen nicht. Sehr wohl aber ein Zusammenhang zwischen viel zu niedrigen Abschlüssen und Armut in diesem Land. Es ist offensichtlich, dass die Kapitalisten Zustände wie in den USA anstreben, wo z.B. inzwischen 8 Millionen 2 Jobs ausüben und trotzdem noch mit dem Überleben kämpfen. Viele dieser Working Poor (arbeitende Arme) verdienen um die 1300 Dollar im Monat, die Hälfte davon geht sofort für die Miete drauf. Barbara Ehrenreich hat hierzu jetzt ein empfehlenswertes Buch veröffentlicht, in dem die Einkommens-, Arbeits- und Lebensbedingungen dieser wachsenden US-amerikanischen Bevölkerungssteils drastisch beschrieben werden (Titel: Arbeit poor. Verlag Antje Kunemann, München 2001, 18,90 EUR).

Aber auch in der BRD steigt die Armut: die IG Metall hatte bereits letztes Jahr mit ihrer Kampagne „fairteilen“ begonnen, diese Verhältnisse anzuprangern und liefert auch in ihrem neuesten Metall-Heft weiteres Material bezugnehmend auf den Armutsbericht der Bundesregierung: In Deutschland leben 1,5 Millionen Millionäre und 3 Mio. Sozialhilfeempfänger. Zehn Prozent der reichsten Haushalte besitzen 42 % des gesamten Vermögens. 2,8 Mio. Haushalte sind überschuldet.

Immer wieder hetzen Arbeitgebervertreter gegen den Armutsbegriff. So jüngst die üble Postille des Metallarbeitgeberverbandes Südwest „aktiv“: „Was heißt hier arm? ... Nach dem „Armutsbericht 2001“ der Bundesregierung sind in Deutschland bis zu 20% der Bevölkerung oder rund 14 Mio. Menschen arm ... Das Dumme ist nur, dass dagegen gar nichts getan werden kann. Denn „arm“ gilt – je nach Definition – oft schon, wer mit seinem Einkommen ein Stück weit unterhalb des Durchschnitts liegt ... Auch in vielen dieser Haushalte gehören Fernseher, Stereoanlage und jährlicher Urlaub zum Standard.“ (Nr. 3 /2002) Welch ein Zynismus, wenn man bedenkt, dass diese „Ausstattung“ einer alleinerziehenden Mutter z.B. weder ermöglicht, Kindergeburtstage oder Landschulaufenthalte für ihre Kinder zu finanzieren, statt Kinobesuch eben Glotze angesagt ist, und das Verrecken der Waschmaschine zur Katastrophe werden kann ... Die IGM-Zeitung „Metall“ ist was diese „Durchschnitts“-Betrachtung angeht präziser: „Ins Deutsche übersetzt: Arm ist, wer weniger als rund 740 Euro im Monat zur Verfügung hat.“ Da wären wir also schon etwa bei den 1300 US-Dollars, nur dass diese eben aus 2 Jobs stammen, während hierzulande noch der Luxus von einem Job oder Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe herrscht!

anaz 2/02, mab

IG Metall kritisiert Kombilöhne

In einer Vorstandsmitsellung, Abt. Sozialpolitik, vom 11.1.02 wird das jetzt beschlossene „Mainzer Modell“ grundsätzlich kritisiert:

... Die neoliberalen Grundannahme, dass durch niedrigere Lohnkosten mehr Arbeitsplätze zu schaffen seien, ist – empirisch belegbar – falsch. Seit Anfang der 80er Jahre sinkt die Lohnquote in der BRD, während gleichzeitig die Arbeitslosigkeit zugenommen hat. Auch die geringe Inanspruchnahme der Förderung durch das Mainzer Modell zeigt, dass keine zusätzlichen Arbeitsplätze dadurch geschaffen worden sind, dass diese durch Arbeitnehmerlohnzuschüsse gefördert wurden ... Fraglich ist überdies, ob die in der politischen Debatte befindliche Sozialhilfe-Falle überhaupt existiert ... Zwei Drittel aller Sozialhilfebezieher stehen dem Arbeitsmarkt sowieso nicht zur Verfügung (z.B. weil sie sich noch nicht oder nicht mehr im arbeitsfähigen Alter befinden). Sie können folglich auch nicht durch Anreize zur Arbeit gebracht werden. Von den Einsteigern in die Sozialhilfe sind nach einem Jahr 59%, nach drei Jahren 78% und nach 5 Jahren 87% wieder ausgeschieden. Hierbei handelt es sich überdurchschnittlich stark um den arbeitsfähigen Teil der Sozialhilfebezieher ...

Befürworter des Kombilohns gehen davon aus, dass in der BRD eine erhebliche Beschäftigungslücke im Bereich „personenbezogener Dienstleistungen“ (z.B. Kranken- und Altenpflege, Hausarbeit, Besorgungen ...) bestünde. Diese Dienstleistungen seien niedrig produktiv und folglich niedrig entlohnt ... Um die angeblich bestehende Beschäftigungslücke bei Dienstleistungen zu schließen, befinden sich unterschiedliche Kombilohnmodelle in der Diskussion. Letztlich entbinden sie aber alle den Arbeitgeber von der Anforderung, Existenz sichernde Löhne zu bezahlen ... Die Dienstleistungslücke ist längst nicht so hoch, wie angenommen. Ein Teil der erbrachten Dienstleistungen wird –

im Rahmen systemischer Gesamtangebote – in der BRD, anders als in den USA, statistisch dem industriellen Sektor zugeschlagen. *Gesellschaftspolitisch ist es sehr zweifelhaft, ob die Erhöhung des Angebotes personenbezogener einfacher Dienstleistungen wünschenswert ist und durch Subventionen gesellschaftlich gefördert werden sollte (subventionierte Schuhputzergesellschaft?).* Kombilohnkonzepte verkennen, dass ein erheblicher Teil personenbezogener Dienstleistungen ein hohes Qualifikationsniveau erfordert (z.B. Pflege).

Die Verdrängungseffekte werden erheblich sein. Reguläre, tariflich gesicherte Arbeit wird umgewandelt, wie dies lange Jahre im Bereich der geringfügigen Beschäftigung zu beobachten war. Dies hat zur Konsequenz, dass kaum zusätzliche Arbeitsplätze entstehen werden ...

Eine weitere Verschärfung der Zulässigkeitsregelungen (diese regeln, welche Arbeiten Arbeitslose ablehnen dürfen, ohne den Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe zu verlieren) verstößt gegen die Freiheit der Berufswahl und den Eigentumsschutz des Grundgesetzes, gegebenenfalls ist auch das Recht auf Menschenwürde beeinträchtigt. Damit wird der Druck auf den Arbeitsmarkt erhöht. *Wenn mehr Arbeitslose gezwungen werden können, ihre Arbeit zu Billigpreisen zu verrichten, dann bedroht dies auch das Lohnniveau der Kernbelegschaften ... Maßnahmen, die negative Auswirkungen auf die Tarifverträge, das Tarifvertragssystem und die gewerkschaftliche Interessensvertretung verhindern, sind im Rahmen von Kombilohnkonzepten kaum denkbar. Der herbeigeführte Druck auf Löhne und Gehälter erschwert es, das bisherige Tarifniveau zu halten ...*

Hervorhebungen v.d. Red. anaz

Erste Runde in Bayern: Ohne Ergebnis!

Die bundesweit erste Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie ist am 7. Februar ergebnislos vertagt worden. Arbeitgeber und Gewerkschaften wollen die Verhandlungen am 4. März wieder aufnehmen. Das erste Gespräch führte nicht zu einer Annäherung – die Arbeitgeber beschränken sich vorerst auf die strikte Ablehnung der Forderung von 6,5 Prozent, legen aber kein eigenes Angebot vor. Werner Neugebauer, Chef der bayrischen IG Metall, kritisierte dieses Verhalten: „Die mauern sich so ein, dass wir in eine Situation wie 1995 hineinlaufen. Damals haben die Arbeitgeber erst ein Angebot gemacht, als wir mitten im Streik waren.“ Arbeitgeber-Vertreter Heinz Greifenberger betonte seinerseits den Standpunkt der Industrie, die aktuelle Wirtschaftslage stelle eine Forderung von 6,5 Prozent ad absurdum: „Es ist schrecklich, wie weit die Gewerkschaft von der Realität der momentanen Wirtschaftslage entfernt ist.“

In seiner Rede zu Beginn der Verhandlungen sagte Werner Neugebauer: „Seit Mitte September 2001 diskutierten die Beschäftigten in Bayern ihre Lohn- und Gehaltsforderung sowie die Anhebung der Ausbildungsvergütungen. Aus mehr als 260 Betrieben wurden Forderungen gestellt. Sie gingen bis zu 14 %. Aus den 21 Verwaltungsstellen der IG Metall in Bayern wurden unserer Tarifkommission Forderungsvorschläge vorgelegt, die im Volumen von 7 bis 10 % lagen. Es gab keine einzige Volumenforderung unter 7 %. Die von der Tarifkommission für die bayerische Metall- und Elektroindustrie beschlossene Volumenforderung von 6,5 % liegt absolut am untersten Rand dessen, was in Bayern mehrheitsfähig war. Unsere Forderung bezieht sich auf eine Laufzeit von 12 Monaten, inklusive einer Vereinbarung über Pauschalzahlungen als soziale Komponente.“

ver.di fordert

Für Druck und Papier 6,5 % mehr Lohn und Gehalt!

Mit der Forderung nach einer linearen Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 6,5 Prozent für die bundesweit mehr als 400.000 Beschäftigten der Druckindustrie, der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage und der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie startet die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft in die Tarifrunde 2002. In Frankfurt/Main beschlossen die zuständigen Tarifkommissionen am 21. Februar die fristgemäße Kündigung der laufenden Tarifverträge zum 31. März 2002. „Die Beschäftigten machen einen erheblichen Nachholbedarf geltend“, erklärte Frank Werneke, ver.di-Bundesvorstandsmitglied und Leiter des Fachbereichs Medien, Kunst

Bevor ich an Thomas Höhn zur Begründung der Erhöhung der Ausbildungsvergütung weitergebe, möchte ich auf zwei Ausführungen von Ihnen, Herr Greiffenberger, (Vertreter der Arbeitgeber) eingehen.

1. Sie haben vor 2 Tagen vor der Presse erklärt, dass der Tarifabschluss 1995 37.000 Arbeitsplätze vernichtet hätte, weil dieser zu einer Kostensteigerung von 10 % führte. Es ist dies der wiederholte Versuch einer Legendenbildung. Ich hätte eine große Bitte an Sie,

a) Ihren Herren von Gesamtmetall mitzuteilen, dass sie ihre selbst verfassten Broschüre einstampfen sollten. In dieser Broschüre wird eine Steigerung der Entgelte in 1995 um 3,6 % abgedruckt.
b) Ihre Legendenbildung deshalb zu beenden, weil 1995 deshalb Arbeitsplätze abgebaut wurden, weil der Dollar bei DM 1,35 lag, die D-Mark völlig überbewertet war und im Gefolge der dadurch entstandenen Exportschwäche, zig Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet wurden.

2. Sie behaupten in der Öffentlichkeit, Einkommenssteigerungen über die gesamtwirtschaftliche Produktivität hinaus würden Arbeitsplätze vernichten. Wo Sie diese Weisheit her haben, ist mir völlig schleierhaft. Sie ist, etwas zugespitzt formuliert, lachhaft. Können Sie mir erklären, warum es in den 60er, 70er und 80er Jahren Zeiten gab, wo wir als IG Metall den Ausgleich der Preissteigerungsrate als auch das Volumen der gesamtwirtschaftlichen Produktivität über Einkommenssteigerungen ausgeschöpft haben und trotzdem die Beschäftigung gestiegen ist?

Der von Ihnen gewünschte Effekt bei den Tarifverhandlungen, ein schlechteres Bild zu malen als die Realität tatsächlich ist, wird sich gegen Sie selbst richten.“

dil

und Industrie, nach der Beschlussfassung über die Forderung. Werneke, der in der Medienwirtschaft auch gewerkschaftlicher Verhandlungsführer ist, wies noch einmal darauf hin, dass ver.di in der Tarifbewegung 2002 eine deutliche Reallohnsteigerung erreichen wolle und nicht bereit sei, sich auf Abschlüsse einzulassen, durch die erneut die Lohnquote sinken und die Gewinnquote steige.

Werneke: „Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Flaute und schwacher Binnennachfrage ist es richtig, deutliche Reallohnsteigerungen auch über Inflationsrate und Produktivitätszuwachs hinaus durchzusetzen.“ Außerdem, so Werneke, gehe es um mehr Verteilungsge rechtigkeit.

Technologie-Lücke der Bundeswehr soll geschlossen werden.

– HB, Donnerstag 14.2.2002. – Im vergangenen Jahr stiegen die Erlöse der Luftfahrt-Branche um gut 3 % auf 15,3 Mrd. Euro. Als stabilisierend habe sich ausnahmsweise das Militärgeschäft mit dem Eurofighter und den Hubschrauberprogrammen NH90 und Tiger ausgewirkt. Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI), R. Hertrich, appellierte an den Bundestag, den Weg für den Militärtransporter Airbus A400M frei zu machen. Doch auch mit dieser Investition werde die bestehende Technologie-Lücke zwischen den USA und Europa nicht geschlossen. „Wir stehen hier an einem Scheideweg“. Wenn die Schere weiter auseinandergehe, stelle sich die Frage nach der Zukunft der transatlantischen Kooperationsfähigkeit, so Hertrich.

„Aus dem bürokratischen Moloch soll ein schlanker Dienstleister werden“ –

Nach der Affäre um offensichtlich geschönte Statistiken der Arbeitsämter dringen die Arbeitgeber auf einschneidende Reformen bei der Bundesanstalt für Arbeit und den Ausbau der privaten Vermittlung. Der Arbeitgeber-Vertreter im Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit, C. Kannengießer, lehnte aber jede Verantwortung der Selbstverwaltung aus Arbeitgebern und Gewerkschaften für die Unregelmäßigkeiten in der Arbeitsverwaltung ab. Kannengießer, Geschäftsführer des BDA, forderte die Befreiung der Arbeitslosenversicherung von „sachfremden Aufgaben“. Dazu zählen insbesondere die ABM-Maßnahmen, die Auszahlung des Kindergeldes. Auch die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung gehörten auf den Prüfstand, ebenso die Landesarbeitsämter.

Handelsverband BAG wertet Verdi-Forderung als Kampfansage. – HB, Montag, 18.2.2002. – „Wenn die Gewerkschaft Verdi diese Politik fortsetzt, führt dies zu einer Demontage des Flächentarifs“, warnte F. W. Schlich, Vorsitzender des BAG-Tarifausschusses. Nach Beschlüssen der Tarifkommissionen in Rheinland-Pfalz und im Saarland verlangt Verdi für die rund 150 000 Beschäftigten des Einzelhandels in beiden Bezirken 5,7 % mehr Lohn und Gehalt, mindestens aber 120 Euro mehr je Monat. Da die Löhne wegen der steigenden Zahl von Teilzeit-jobs im Handel für immer mehr Beschäftigte unter dem Sozialhilfeneuveau liegen, müssten die unteren Lohngruppen überproportional angehoben werden, erläuterte Verdi-Bezirksfachberichtsleiter D. Reimers.

Presseauswertung: rst

Zu erheblichen Irritationen im PDS-Landesverband NRW haben mehrere Artikel zur Wahlstrategie und zur Aufstellung der Landesliste zu den

Bundestagswahlen in der Süddeutschen Zeitung geführt. In einem Artikel vom 6.2.2002 erfuhren die Mitglieder des Landesverbandes, dass „die nordrhein-westfälische PDS“ bei der Bundestagswahl gezielt um „Wählerstimmen im grünen Stammwählernilieu der Universitätsstädte“ werben wolle. Und weiter: „Als Zugpferd wollen die Post-Kommunisten dabei den früheren grünen Bundestagsabgeordneten Manfred Such aufbieten.“ Die SZ berief sich dabei auf Such selbst und auf „maßgebliche PDS-Strategen“.

Einer dieser „Strategen“ wurde dann in einem weiteren Artikel am 21.2.2002 genannt: Der Sprecher des nordrhein-westfälischen Landesvorstandes, Knud Vöcking, sprach sich dafür aus, Platz 1 der Landesliste mit Ulla Lötzer zu besetzen, die seit der letzten Wahlperiode im Bundestag ist, und Platz 2 mit Manfred Such. Ulla Jelpke, seit 1990 über die PDS-Landesliste NRW im Bundestag, solle dadurch „verdrängt“ werden. Vermutlich gleich mit eingeplant hatte die SZ den Protest der Basis, der auch prompt am nächsten Tag folgte.

Bei der Auseinandersetzung geht es letztlich um Ulla Jelpkes Position als innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion. Sie wird wegen ihrer antifaschistischen Arbeit und ihrer Politik gegen die Diskriminierung von Flüchtlingen und Migranten von der Linken auch außerhalb der PDS geschätzt. In der Fraktion ist sie jedoch nicht unumstritten. Aus diesem Grunde liegt die Vermutung nahe, dass es auch in Berlin einige Drahtzieher des Vorstoßes gibt. Im Landesverband wollen viele Mitglieder sowohl Ulla Jelpke als auch Ulla Lötzer auf den sicheren ersten beiden Listenplätzen wieder aufstellen. Manfred Such trat erst im November 2001 bei den Grünen aus und in die PDS ein, aus Protest gegen die Unterstützung der Grünen für den Krieg gegen Afghanistan. Beim Kosovo-Konflikt trat er noch nicht aus. Auf Platz 12 der Grünen Landesliste für den letzten Bundestag war er erster Nachrücker.

Auch der Landesparteirat diskutierte die Presseveröffentlichungen am letzten Samstag. Dabei ging es vor allem um die schwierige Frage des verantwortlichen Umgangs mit Funktionen in der PDS, weniger um die unsinnige Strategie, einen Wahlkampf um grüne Wähler oder gar „Stammwähler“ zu führen. Aus leidvollen Erfahrungen hat die PDS in ihrem Statut das Recht auf freie Meinungsäußerung auch in der Öffentlichkeit für alle Mitglieder ausdrücklich verankert. Die öffentlich lancierten Personalvorschläge zur Landesliste waren jedoch in keinem Gremium des Landes-

verbandes auch nur angesprochen worden, so dass sie nicht als Position des Landesverbandes gelten können.

In einer mit 26 zu 2 Stimmen beschlossenen Erklärung hielt der Landesparteirat fest, „...dass es allein Sache des Landesparteitages der PDS NRW ist, die Bundestagskandidatinen und -kandidaten zu wählen“. Die Erklärung ist auch als indirekte Kritik am Sprecher des Landesvorstandes gemeint, wenn es weiter heißt: „Der Landesparteirat begrüßt es, dass alle anwesenden Mitglieder des Landesvorstandes einhellig erklärt haben, dass es seitens des Landesvorstandes als Gremium keine Empfehlungen für Listenplätze gibt und geben wird.“

wof

Die Februar-Ausgabe der Mitteilungen der Kommunistischen Plattform veröffentlicht einen Aufsatz von Ellen Brombacher zu den Koalitionsverhandlungen in Berlin und zur Gesamtlage der PDS. Zum Schluß resümiert sie:

„Wir meinen: Es gibt Gründe, die Partei zu verlassen; aber noch gibt es auch Gründe, in der Partei zu bleiben. Noch verhält sich die PDS-Bundestagsfraktion so, wie es einer Antikriegspartei gemäß ist. Uns ist bekannt, daß schon zweimal versucht wurde, die Fraktion zur Enthaltung zu bewegen ... Noch gibt es also etwas zu verteidigen. Für einen Verbleib in der PDS ergeben sich für uns folgende Schlußfolgerungen:

1. In den zu erwartenden Auseinandersetzungen stehen wir auf der Seite der außerparlamentarischen Bündnisse ...
2. In der bevorstehenden Etappe der Programmdebatte tun wir alles, damit sich die Linie des Brie-Brie-Klein Entwurfs nicht durchsetzt, wohl wissend, daß die PDS-Praxis in vielem schon diesem Entwurf entspricht.
3. Wir werden gemeinsam mit vielen Genossinnen und Genossen aus anderen Parteistrukturen keine Mühe scheuen, damit die PDS ihren Charakter als Antikriegspartei beibehält.
4. Wir werden dafür eintreten, dass die PDS einen eigenständigen Bundestagswahlkampf führt. Die Nominierung von Stoiber wird dazu führen, die rot-grüne Koalition schonen zu wollen ...

Mag sein, Schröder setzt insgeheim auch auf die PDS als möglichen Koalitionspartner ... Wir wissen ja von Gregor Gysi aus dem Berliner Wahlkampf, dass wir immer dann gebraucht werden, wenn die Lage schlecht ist. Und Schröder geht es schlecht. Setzen wir in dieser Situation nicht auf Koalitionsfähigkeit, sondern auf eine prinzipielle Opposition. Folgen wir nicht der Argumentations-„logik“ von Dietmar Bartsch und Petra Pau, da wir in Berlin Regierungspartei seien, sollten wir im Bund eher nicht Opposition sein.“

Zusammenstellung : jöd

Dreiländer-Demonstration gegen Rassismus und Polizeikontrollen – für soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Menschenrechte am Samstag, den 15. Juni 2002, im Dreiländereck Weil am Rhein-Basel.

Grenzkonzert am Freitag, den 14. Juni 2002.

Seit einem Jahr laufen die Vorbereitungen für eine Dreiländer-Demonstration. Ende November 2001 war es dann beschlossene Sache: Am Samstag, den 15. Juni 2002, wird im Dreiländereck, Basel-Weil am Rhein-St.Louis eine erste Dreiländer Menschenrechts-Demonstration stattfinden. Noch fehlte die inhaltliche Grundlage. In der zweiten Januarwoche war dann auch die Diskussion über das Dreiländer-Manifest abgeschlossen. Das Manifest als Aufruf gegen Rassismus und polizeiliche Kontrollen, für die Durchsetzungen von Menschenrechten. Solidarité sans frontières (Bern), das Südbadische Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (Freiburg) und die Ligue des Droits de l'Homme (Mulhouse) sind die Kontakt- und Anlaufstellen in den jeweiligen Regionen.

Am Freitag, den 14. Juni 2002, wird ein Grenzkonzert in Weil am Rhein stattfinden, ein kultureller Abend, wozu jede Gruppe die Gelegenheit hat, das Programm durch eigene Beiträge zu bereichern, denn die Bewegung braucht ihre eigene Kultur. BewohnerInnen der Nordwestschweiz, des Alsace und Badens, insbesondere MigrantInnen und Flüchtlinge, sind aufgerufen, das Programm des Abends zu bestimmen. Sobald die Räumlichkeiten angemietet sind, wird in den nächsten Tagen ein ausführlicher Aufruf zum Grenzkonzert veröffentlicht. In der letzten Aprilwoche soll das Programm dann stehen. Weiterhin wird ein inhaltliches Materialblatt „Zwölf Argumente warum es wichtig ist, die Demonstration zu unterstützen“ herausgegeben. Da wir drei Grenzen zu überschreiten haben, werden wir versuchen, 10 bis 15 Personen des öffentlichen Lebens aus der Schweiz, Frankreich und Deutschland zu finden, die gemeinsam mit den Veranstaltern den freien Grenzübergang von Frankreich nach Deutschland und in die Schweiz bei den entsprechenden Stellen beantragen. Wir wollen die Garantie, dass keinerlei Kontrollen stattfinden.

Mit dem Dreiländer-Manifest wurden für die beiden Veranstaltungen drei inhaltliche Schwerpunkte gesetzt.

Erstens die Grenzkontrollen – die es nach offizieller Rede zwischen Frankreich und Deutschland gar nicht mehr gibt – die jedoch in den Grenzraum verlagert wurden

„Zusammen ein unüberhörbares und unübersehbares Signal setzen!“

und an Häufigkeit und Intensität zugenommen haben. Die Kontrollen sind nur durch eine immense Polizeiaufrüstung des Bundesgrenzschutzes an den Westgrenzen möglich. Kontrolliert wird nach Personenmerkmalen, wie zum Beispiel schwarze Haare, dunkle Hautfarbe usw., also selektiv. Da die Kontrollen nur gegen eine bestimmte Gruppe gerichtet sind, haben sie durchaus rassistischen Charakter. Die polizeiliche Kompetenz in der Schweiz soll ebenfalls durch die Einführung der Schleierfahndung und der verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrolle erhöht werden. In einer 30 Kilometer-Grenzzone können dann alle Personen ohne Angaben von Gründen kontrolliert werden. Fast alle größeren Städte der Schweiz liegen in dieser Zone, Genf, Basel, Zürich, St. Gallen, usw.

Zweitens die Kriminalisierung von Flucht und Wanderung. Insbesondere MigrantInnen und Flüchtlinge sind der Teil der Bevölkerung, der unter gezielter staatlicher Beobachtung und Kontrolle steht. Seit dem 11. September 2001 gilt für diesen Teil der Bevölkerung das Grundrecht der informellen Selbstbestimmung nicht mehr. Das was als Antiterror-Politik bezeichnet wird, lässt Parallelen zu 1933 und 1934 erkennen. Die Nazi-Politik brachte die politische Poli-

zei (Gestapo) aus der allgemeinen und inneren Verwaltung heraus, entstaatlichte die Polizei und entpolitiserte die allgemeine Verwaltung. Ihr Ziel war die perfekte Kontrolle durch Zentralisierung, die zu einer Machtsteigerung führte. Wir haben heute nach den sogenannten Anti-Terrorgesetzen, wieder die Aufhebung der Trennung von Geheimdienst und Polizei. Der Geheimdienst führt ein Eigenleben im Staat und unterliegt nicht parlamentarischer Kontrolle. Regelanfragen zwischen Polizei und Geheimdiensten werden nach den neuen Gesetzen alltäglich. Die grundsätzliche Gesetzes situation gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen ist als rassistisch zu bezeichnen, da Lösungen für die Wandlung und Flucht fast ausnahmslos in der Kriminalisierung der Betroffenen enden. Tausende Menschen werden in Abschiebegefängnissen eingesperrt, bis sie dann wieder ins Nichts, manchmal auch in die Hände ihrer Verfolger abgeschoben werden. Von daher wenden wir uns gegen die Ausschaffungsgefängnisse in der Schweiz, gegen die Abschiebegefängnisse in der BRD wie auch gegen jeglichen geplanten Neubau im Alsace. Ebenso richtet sich unser Protest gegen das Schengener Informationssystem (SIS), dessen Großrechner in Strasbourg steht.

Im SIS werden alle Personen gespeichert, die als Papierlose aus welchen Gründen auch immer, in den jeweiligen Schengen-Ländern wohnen. Gespeichert wird selbstverständlich nur, wer zuvor einen legalen Status hatte und zum Beispiel nach der Ablehnung des Asylantrages untergetaucht ist.

Der dritte Schwerpunkt, den wir setzen, richtet sich an alle Einzelpersonen, Gewerkschaften und den Menschenrechten verpflichteten Gruppen und Organisationen. Die Konzeption der beiden Aktionstage ist so gestaltet, dass alle Gruppen, die sich zur Unterstützung entscheiden, gleichberechtigt teilnehmen. Das erste Ziel, das wir mit vielen zusammen erreichen wollen, ist ein sichtbares Zeichen gegen Rassismus, Polizeikontrollen, für die Durchsetzung sozialer, wirtschaftlicher, kultureller, bürgerlicher und politischer Menschenrechte für alle zu setzen. Die jeweiligen konservativen, das heißt gegen Menschenrechte gerichtete Regierungsprogramme von CH, F und BRD sind deckungsgleich. Wir geben uns nicht der Illusion hin, zu glauben, wir können auf Anhieb was verändern, das wird noch viele weitere Schritte benötigen. Wir wollen aber einen Anfang machen und jeder sollte versuchen, viele Menschen für die Aktion zu gewinnen. Im

Dreiländer-Manifest Alsace – Baden – Nordwestschweiz

Gemeinsame Manifestation am Samstag den 15. Juni 2002 in Weil am Rhein – Basel • Grenzkonzert in Weil am Rhein am 14. Juni 2002

Die Grenzen zwischen der Schweiz, Deutschland und Frankreich stellen für viele Menschen unüberwindbare Hürden dar. Im politischen und polizeilichen Visier ist die grenzüberschreitende Flucht und Migration. Die Grenzlinie ist in den letzten Jahren auf einen breiten Grenzraum erweitert worden. Er beruht auf einem mehrstufigen Kontrollsysteem. Längs der Grenzen wurden „Hinterland“-Kontrollen installiert, Videosysteme mit Infrarot-Anlagen aufgebaut, gemeinsame Patrouillen und Datensysteme eingerichtet. Einzelne Ergebnisse dieser Politik stehen als sichtbare Zeichen im Grenzraum: ein Ausschaffungsgefängnis direkt an der Grenze Basel – Weil am Rhein, die Einrichtungen des zentralen Schengener Informationssystems in Strasbourg, ein Grenzkommissariat Kehl-Offenburg-Strasbourg, das Bundesgrenzschutzzamt in Weil am Rhein. Auch jede unbescholtene Person läuft Gefahr, aufgrund eines beliebigen Merkmals den Verdacht

des Staatsschutzes zu erleben. Kontakte mit Menschen anderer Herkunft können bereits ausreichen, dass der Staat in die Freiheitsrechte eingreift. Die Aufrüstung wird seit dem 11. September weiter massiv beschleunigt und verstärkt.

Wir, Menschen in der Nordschweiz, im Alsace und in Baden, lehnen die Kriminalisierung von Menschen auf der Flucht und Wanderung ab. Wir lehnen die hier stattfindende soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Ausgrenzung ab, die weitere Ungleichheit schafft. Die Bewegungen der Sans-papiers in Frankreich, Deutschland und in der Schweiz machen die prekäre Situation von Rechtlosen sichtbar. Die weltweite soziale Ungerechtigkeit kann nicht durch Abschiebegefängnisse und polizeiliche Grenzregime gelöst werden. Wir stellen uns gegen die polizeiliche Aufrüstung in Südbaden, gegen die Einführung der Schleierfahndung in der Schweiz und gegen den geplanten Bau von Abschiebegefängnissen im Alsace.

Wir wehren uns dagegen, die Opfer zu Täter zu machen, d.h. gegen eine Spaltungspolitik, welche die aus ihrer Heimat Vertriebenen zu Kriminellen stempelt, vor denen die BürgerInnen unserer Region angeblich zu schützen sind. Un-

ser Verständnis des Zusammenlebens beruht auf der Achtung und dem Respekt der Menschen und ihrer Würde. Wir lehnen politische Lösungsvorschläge, die Menschenrechte nicht achten, ab.

Wir wollen die Grenzen durch elsässisch-badisch-schweizerische Zusammenarbeit auflösen. Wir rufen daher alle Einzelpersonen, Gewerkschaften und den Menschenrechten verpflichteten Gruppen und Organisationen auf, im Sinne des Dreiland-Manifests Verantwortung zu übernehmen und sich dafür einzusetzen, dass als erster gemeinsamer Schritt am Samstag, 15. Juni 2002 an der Grenze Weil an Rhein/Basel mit Aktionen und Kundgebungen ein unüberhörbares und unübersehbares Signal gesetzt wird.

Nordwestschweiz: Solidarité sans frontières, Neuengasse 8, 3011 Bern, Tel.: 031 - 311 07 70, Fax.: 031 – 311 07 75, email: sekretariat@sosf.ch

Alsace: Ligue des Droits de l'Homme, 62, rue de Soultz, BP 2015, 68058 Mulhouse-Cedex

Baden: Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA), Kronenstr. 16a bei ADW (Hinterhaus), 79100 Freiburg, Tel.: 0761 – 74003, Fax.: 0761 – 709866, email: Bewegungsfreiheit@gmx.de (nur für Aktion)

Vorfeld kann sich dies am besten in der schriftlichen Unterstützung des Manifestes ausdrücken. Je mehr dazu aufrufen, je stärker wird das Dreiländer-Manifest und damit unser Vorhaben den Weg aus der Isolation finden und kann so zum gesellschaftlichen Ereignis werden. Das Interesse breiter Teile der Bevölkerung erwecken, wie auch das der allgemeinen Medien ist dabei wichtig. Diesen Schritt brauchen wir alle um ein positives politisches Klima zu den angesprochenen Themen im Dreiländereck für die Aktion zu erreichen. Solidarité sans frontières eine schweizweite Organisation, die Ligue des Droits de l'Homme aus Mulhouse mit Kontakten im Alsace und das Südbadische Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA) mit Kontakten in Südbaden, haben erste gemeinsame Schritte unternommen, um eine Sammlungsbewegung einzuleiten. Wir haben noch knapp vier Monate Vorbereitungszeit die wir, und hoffentlich noch viele mit uns intensiv nutzen wollen, damit wir tatsächlich ein unüberhörbares und unübersehbares Signal setzen können.

was, an-az Freiburg



PISA-Studie:

Schavan und Co. lernschwach?

Die PISA-Studie der OECD weist dem deutschen Schulsystem schwere Mängel nach und macht dies weltweit bekannt. Die Kulturpolitiker im Lande können nun nicht länger ignorieren, was frühere Untersuchungen und Lehrer und GEW schon lange festgestellt hatten. Die Ständige Konferenz der Kultusminister hat am 4. Dezember über PISA und die Konsequenzen beraten.

Die Ergebnisse der PISA-Studie, zusammengefasst:

- In den untersuchten Bereichen Lese-, mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenz liegen die mittleren Ergebnisse für die 15-Jährigen in Deutschland deutlich unter dem OECD-Durchschnitt.
- Die Streuung der Leistungen ist in Deutschland breiter... im Bereich Lesekompetenz sogar am größten überhaupt.
- Der Anteil derer, die nur das unterste, elementare Kompetenzniveau erreichen oder sogar darunter bleiben, ist größer als in vielen anderen OECD-Staaten. Insbesondere bei der Lesekompetenz. liegt Deutschland auf dem fünftletzten Platz.
- Im oberen Leistungsbereich gleichen die Leistungen deutscher SchülerInnen denen anderer Staaten. Allerdings sind keine herausragenden Erfolge in der Förderung von Spitzenleistungen nachweisbar.
- Schwächen zeigen sich insbesondere bei Aufgaben, die ein qualitatives Ver-

ständnis der Sachverhalte verlangen und nicht im Rückgriff auf reproduzierbares Routinewissen gelöst werden können. Die Anwendungsorientierung kommt hier insgesamt zu kurz.

- Der internationale Vergleich zeigt, dass die Sicherung eines insgesamt hohen Leistungsniveaus und die Verringerung der Leistungsabstände unter angemessener Förderung aller Leistungsgruppen miteinander vereinbare Ziele sind.
- In Deutschland ist der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb in allen drei untersuchten Bereichen statistisch besonders eng, bei der Lesekompetenz sogar im Vergleich zu allen anderen Staaten am engsten.
- Es gibt hohe Überlappungen in der Leistungsverteilung zwischen den einzelnen Schulformen.
- Die Verteilung der 15-Jährigen in Deutschland auf unterschiedliche Jahrgangsstufen ist ungewöhnlich breit. Dabei ist im Verhältnis zu den anderen Staaten die Zahl Schülerinnen und Schüler, die sich erst auf der neunten Jahrgangsstufe befinden, sehr hoch. Ursachen sind u.a. die intensiv genutzte Praxis der Zurückstellung vom Schulbesuch der Grundschule und der Klassenwiederholung.
- Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund – insbesondere solchen Familien, die als tägliche Umgangssprache eine andere Sprache als Deutsch verwenden – bleiben im Durchschnitt deut-

lich unter den Kompetenzniveaus von 15-Jährigen, deren Eltern beide in Deutschland geboren wurden. Das gilt für alle Lernbereiche. Die Förderung von SchülerInnen aus Zuwanderungsgruppen gelingt in anderen Ländern teilweise besser.

- Jugendliche aus Migrationsfamilien sind unterproportional beteiligt an Bildungsgängen für höhere Schulabschlüsse. Die entscheidende Hürde ist dabei das Fehlen einer ausreichenden Lesekompetenz.
- Computer werden in deutschen Schulen deutlich seltener genutzt als in allen anderen Industrienationen.*

Die GEW stellt zu den PISA-Ergebnissen fest:

„Die Leistungen des deutschen Schulsystems sind deprimierend. Ein unakzeptabel hoher Prozentsatz von jungen Menschen hat nicht die nötigen Voraussetzungen, um gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. (Frage: Gibt es einen akzeptablen Prozentsatz?) Kinder aus Migrantenfamilien und armen Elternhäusern, Jugendliche mit Lernproblemen schneiden besonders schlecht ab, weil sie zu wenig Förderung erfahren. Nur bei der sozialen Auslese sind die deutschen Schulen spitze.“**

Vorschläge zur Abhilfe von der Kultusministerkonferenz:

- Förderung lernschwacher SchülerIn-

nen und Schüler... insbesondere auch durch Entwicklung neuer Konzepte für das Lernen in Hauptschulen und Förderschulen;

- Qualitätssicherung... vor allem in den zentralen Kompetenzbereichen und die Sicherung von Mindeststandards;
- Erkennen „schwacher Leser“... die kontinuierlichen Diagnose der Entwicklung von Lesekompetenz als Voraussetzung für erfolgreiches schulisches Lernen in allen Schulfächern sowie zusätzliche Angebote bei Entwicklungsdefiziten;
- Schulzeitregelungen... die Überprüfung der Schullaufbahnregelungen im Hinblick auf die Fördereffekte und die optimale Nutzung von Lernzeit, insbesondere hinsichtlich Einschulungszeitpunkt, Klassenwiederholung, Übergangsentscheidung, Förderung besonders leistungsschwächer Schülerinnen und Schüler;

• Nutzung der Lernzeiten... ergänzende Lernangebote, insbesondere im vorschulischen Bereich und in der Grundschule, Programme zur Förderung des sprachlichen Verständnisses bereits in der vorschulischen Erziehung und darüber hinaus;

- Personal- und Organisationsentwicklung... praxisnahe Erstausbildung (des Lehrpersonals), Verpflichtung zur Weiterbildung, gezielte Angebote zur Verbesserung des Unterrichts.*

Die Vorschläge der GEW:

1. Bildung von Anfang an: Die Bundesrepublik braucht ein frühkindliches Bildungssystem... In Anlehnung an die Pre-School in Schweden sollte man in Deutschland über eine Kinder- „Schule“ nachdenken.

Sie steht vom ersten Lebensjahr bis zum Eintritt in die Schule ganztägig zur Verfügung. Sie ist nicht Vorschule, sondern hat einen eigenen Bildungsauftrag und ein eigenständiges pädagogisches Konzept. ErzieherInnen brauchen (dann) wie Lehrkräfte eine pädagogische Ausbildung auf Hochschulniveau.

2. Lernen im Zentrum: Lernen ist ein in hohem Maße individueller Prozess. Deshalb muss die Förderung des einzelnen Kindes und Jugendlichen in den Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit gestellt werden.... Qualitätssicherung ist an kontinuierlichen Lernzuwachsen für alle – durch individuelle Förderung, nicht durch Lernen im Gleichschritt, dem permanenten Messen mit gleicher Elle und dem Konkurrieren um Noten.

3. Länger gemeinsam lernen: Individuelle Förderung, nicht Auslese steigert

Leistung. Das selektive Schulsystem führt zu einer selektiven Pädagogik... In diesem Zusammenhang fällt auf, dass in den EU-Ländern unter den Top Ten der PISA-Studie die Schüler mindestens bis zum 12. (Belgien und Irland), die meisten jedoch zum 16. Lebensjahr gemeinsam eine Schule besuchen. Die Grundsätze des fördernden und individualisierenden Lernens sollen deshalb Maßstab für Schulentwicklung werden. Um alle Talente besser fördern zu können, soll Auslese möglichst durch langes gemeinsames Lernen in integrierten Systemen vermieden werden.

4. Lernen braucht Zeit: Deutschland braucht ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsseinrichtungen. In der EU ha-

Lernbedingungen in den Schulen zu nutzen. Vorhandene Stellen dürfen nicht abgebaut werden.

6. Lehrer als lernende Profis: Lehrkräfte übernehmen Mitverantwortung für Lernergebnis und Schülerleistung. Hierfür brauchen Lehrerinnen und Lehrer neben ihren pädagogischen und fachlichen Kompetenzen vor allem auch Organisationskompetenz in den Bereichen Schulentwicklung, Teamarbeit und Evaluation. Bestandteil der Professionalität im Lehrerberuf ist die kontinuierliche Fortbildung.

7. Qualität hat Bedingungen: Höhere Qualitätsstandards brauchen bessere Lehr- und Lernbedingungen. Schulqualität lässt sich nicht verordnen. Sie basiert auf angemessenen Lern- und Arbeitsbedingungen. Die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte und die Klassenfrequenzen müssen gesenkt werden. 26 und mehr Stunden lassen sich nicht auf qualitativ hohem Niveau vorbereiten und durchführen. 25 und mehr Kinder pro Klasse können nicht individuell betreut werden.

8. Veränderungen vor Ort: Entscheidende Weichenstellungen zur Qualitätssteigerung sind vor Ort möglich. Nicht alle Veränderungen kosten zusätzliches Geld. Schulentwicklungs- und Fachberater stehen bei Veränderungen im Schulalltag zur Verfügung.

9. Qualität durch Teilhabe: Die innerschulischen Akteure – Schulleitung, Lehrer, Schüler und Eltern – sind gemeinsame Träger der Qualitätsentwicklung. Nicht Konkurrenz zwischen Menschen und Schulen, nicht Schulranking und Dauertest, sondern Kooperation und Dialog verbessern Qualität. Schulen

müssen Orte demokratischer Teilhabe und Mitgestaltung – für Lehrer, Eltern und Schüler – werden.

Gebraucht werden überarbeitete und modernisierte Lehrpläne als Grundlage für Neues Lernen.

10. Mehr Chancengleichheit bringt mehr Qualität: Das Bemühen um Chancengleichheit muss das Verständnis der Gesellschaft von Schule prägen. Der Benachteiligung von jungen Menschen mit Behinderungen, aus Migrantengemeinden und aus schwierigen sozialen Verhältnissen, aufgrund von Geschlechtszugehörigkeit, kultureller, religiöser und regionaler Herkunft ist mit gezielten, der Benachteiligung adäquaten Ausgleichsmaßnahmen zu begegnen. **

Bewertung

Im Vergleich sieht man, dass die Kultusminister auf die zentralen Ursachen des



Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat gezeigt, wie das Bildungssystem soziale Klassen reproduziert, wie dafür gesorgt wird, dass unten bleibt, wer unten geboren wurde, und dass seinen Weg macht, wem das in der Wiege gesungen wurde. Diese Technik der „Vererbung des kulturellen Kapitals“ scheint in Deutschland besonders übel zu wirken: Die neue Mitte, die das Bildungssystem beherrscht, sorgt dafür, dass ihr Nachwuchs bequem durchkommt, unbekümmert um die Folgen.

ben außer Deutschland nur noch Griechenland und Österreich keine Ganztagschulsysteme. Gute Ganztagschulen sind Lern- und Lebensorte, die den starren Vormittagsunterricht im 45-Minuten-Takt überwinden, Lernprozesse rhythmisieren, außerschulische Lernorte und Freizeitaktivitäten einbeziehen, alternative Lernformen wie Projektlernen und altersgemischte Lern- und Freizeitgruppen ermöglichen, selbstständige und eigenverantwortliche Lernprozesse fördern, zusätzliche Interessensgebiete erschließen sowie Stütz- und Fördermaßnahmen einbeziehen.

5. Qualität hat ihren Preis: Höhere Qualitätsstandards im Schulwesen setzen höhere Bildungsinvestitionen voraus. Wie die Schule kostet auch die Kinder- „Schule“ kein Schulgeld, sondern ist gebührenfrei. Rückläufige Schülerzahlen sind für die Verbesserung der Lehr- und

Versagens der deutschen Schulen nicht eingehen (wollen) und darum auch keine Maßnahmen entwickeln, die wirklich zur Verbesserung führen. Auf die Feststellung der PISA-Studie, dass „der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb“ – sprich die soziale Auslese oder die Benachteiligung der Kinder aus ärmeren Familien – in Deutschland sehr eng bzw. am engsten ist, gehen sie überhaupt nicht ein. Die wissenschaftliche Forschung der Pädagogik hat auch in Deutschland festgestellt, dass zwei- oder mehrsprachiges Aufwachsen von Kindern keine Benachteiligung, sondern ein Vorteil in der Kommunikations- und Lernkompetenz ist, wenn es pädagogisch positiv aufgenommen wird und nicht, wie in der deutschen Regelschule, als Mangel oder Defizit behandelt wird. Dadurch verschärft sich die Zurücksetzung der Kinder aus Migrationsfamilien noch zusätzlich zu den Problemen, die aus Armut entstehen. Die Ergebnisse anderer Staaten zeigen, dass nicht der hohe Anteil von Kindern aus Migrantinfamilien schuld ist am schlechten Abschneiden Deutschlands in der PISA-Studie, wie es Stoiber eben wieder verkündet. Vielmehr grenzt das deutsche Schulwesen die Kinder von Migrantinfamilien besonders scharf aus, was ihr hoher und weiter steigender Anteil in den Sonderschulen und bei den Abgängen ohne Abschluss zeigt.

In den Vorschlägen der GEW wird die Auslesefunktion des deutschen Schulwesens immerhin deutlich angegriffen. Hier werden alte Forderungen, die in anderen Staaten wenigstens teilweise verwirklicht sind, wieder hervorgehoben: Kritik an den Noten, demokratische Strukturen an den Schulen (Teilhabe), weniger Auslese, „alle Talente besser fördern“, kostenlose fröhkindliche Bildung etc.

Weitergehende Forderungen müssten die Benachteiligungen im Bereich der Arbeits- und Sozialgesetzgebung, aber auch im Bereich des Ausländer- und Aufenthaltsrechts angreifen. Aktuellstes Beispiel: Auf das Urteil, dass das Land Baden-Württemberg das Landeserziehungsgeld auch für Kinder türkischer Eltern zahlen muss, reagiert die CDU/FDP-Landesregierung mit der Forderung nach Streichung bzw. Kürzung für alle.

Annette Schavan, baden-württembergische Kultusministerin und Präsidentin der Kultusministerkonferenz, setzt der halbherzigen, ignoranten Haltung der Kultusminister noch eins drauf: „Wir brauchen wieder mehr früh anerzogene Bereitschaft, Leistung zu erbringen“, sagte sie. Das ist genau das Konzept der Auslese, das zum Scheitern des deutschen Schulwesens führt und fortschrittliche pädagogische Ansätze blockiert. Sprachtests für Dreijährige, wie Schavan und die CDU jetzt fordern, werden dann nur zur Begründung des Versagens von Kindern aus Migrations- und ärmeren Familien.

Eine ganz andere Schlussfolgerung

zieht die Leiterin des Staatlichen Schulamtes Nürtingen, Helga Willers. Soziale Gerechtigkeit ist nach ihrer Auffassung eine der Schlüsselforderungen, um den miserablen Bildungsstand an deutschen Schulen zu verbessern.*** ulk

Quellen:

- * aus der Pressemitteilung der Ständigen Konferenz der Kultusministerkonferenz der Länder vom 4.12.2001 (leicht gekürzt)
- ** aus der Stellungnahme der GEW Baden-Württemberg vom 5.12.2001 (gekürzt)
- *** nach Stuttgarter Nachrichten vom 11.12.2001

nun 24 Euro.

Als der Rundbrief vor mehr als 14 Jahren, am 4. August 1988, zum ersten Mal erschien, wusste nur ein kleiner Kreis von Menschen in der Bundesrepublik überhaupt von dem Bestehen einer kurdischen Bewegung in der Türkei. Noch weniger wussten von deren Zielen. Die PKK war auf vielfältige Weise geächtet – bis weit in die damalige westdeutsche Linke hinein – und massiver Verfolgung ausgesetzt. Öffentlichkeit schaffen über die Ziele der kurdischen Bewegung insbesondere im NATO-Land Türkei, durch rasche Verbreitung von Nachrichten über die Ziele und Probleme dieses Kampfes überhaupt erst Solidarität zu schaffen, war eine wesentliches Ziel des Rundbriefs. Die schweren Menschenrechtsverletzungen in den kurdischen Gebieten der Türkei waren damals in der offiziellen Presse (fast) kein Thema.

Inzwischen kann die kurdische Bewegung von einer eigenen Presse bis hin zum Fernsehen diese Aktualität in der Berichterstattung über ihren Kampf weitgehend selbst herstellen. Dass es eine kurdische Frage in der Türkei und in anderen Ländern des Mittleren Ostens gibt, ist allgemein bekannt.

Diese Verbesserung der Nachrichtenlage über die kurdische Bewegung, ihre Nöte, ihre Ziele ist einer der Gründe für die zu Jahresbeginn wirksam gewordene

Kurdistan-Rundbrief in neuem Format

Seit Anfang des Jahres erscheint der Kurdistan-Rundbrief in neuem Format. Statt bisher als vierzehntägliches, 12 Seiten umfassendes Nachrichtenheft erscheint der Rundbrief jetzt vier Mal im Jahr mit jeweils 36 Seiten Umfang. Der Halbierung der Seitenzahl pro Jahr entspricht eine Halbierung des Abo-Preises: Statt bisher 91 DM kostet ein Jahresabo

Aus dem Inhalt Nr. 1/2002:

- Untergehen im sicheren Hafen. Eine „humanitäre“ Intervention und ihre Folgen. Die Situation der Kurden im Irak. Ein Beitrag vom Verein „Haukari“ in Frankfurt/Main
- Eine strategische Wende der PKK-Bewegung. Dokumentiert: PKK-Parteirat beschließt Einstellung der Arbeit innerhalb von EU und Türkei
- Forderungen der HADEP für die kurdischen Provinzen. Kampagne für kurdischsprachiges Lehren und Lernen
- Prozess gegen Cevat Soysal: Todesstrafe am 5. März?
- Kriegsdienstverweigerungs-Initiativen stellen sich vor: Menschenrechtsverletzungen in der türkischen Armee. Menschenrechtsverletzungen durch die türkische Armee
- FrauenRechtsBüro gegen sexuelle Folter e.V.: Jahresbericht 2001
- Verfolgung von Aleviten in der Türkei
- und vieles andere mehr.

KURDISTAN RUNDRIE

Für Selbstbestimmung und Menschenrechte

Aus dem Inhalt



Eine strategische Wende
der PKK-Bewegung 12

Forderungen der
HADEP für die
kurdischen Provinzen 18



Cevat Soysal: Todesurteil
am 5. März? 20

Menschenrechts-
verletzungen in der
türkischen Armee 22

FrauenRechtsBüro
gegen sexuelle Folter e.V.
Jahresbericht 2001 25

Untergehen im sicheren Hafen

Eine „humanitäre“ Intervention
und ihre Folgen



Umstellung. Ein anderer ist – warum sollten wir das bestreiten? – die knappe Zeit der ehrenamtlichen Mitglieder der Redaktion, die eine Umstellung im Erscheinungsrhythmus der Zeitschrift ebenfalls nahe legte.

Ein dritter Grund ist die weiter krisenhafte Situation der kurdischen Bewegung. Der opfervolle, fast 16 Jahre währende kurdische Guerillakampf in der Türkei hat zwar dazu geführt, dass die Verweigerung der Menschenrechte für die kurdische Bevölkerung der Türkei heute von kaum jemand noch bestritten wird. Dieser Guerillakampf hat aber keine politische, keine demokratische Lösung erzwingen können. Die kurdische Bewegung entwickelt sich weiter krisenhaft. Dazu gehört die nun schon mehrere Jahre währende Inhaftierung des PKK-Vorsitzenden Öcalan ebenso wie die anhaltenden Repressionen und Verbotsdrohungen gegen die HADEP, die zwar auf kommunaler Ebene wichtige Erfolge errungen hat und hartnäckig um Selbstverwaltungsrechte kämpft, aber gegen die wütende türkische Repression bis heute nicht vermocht hat, in das türkische Parlament einzuziehen. Eine Neubestimmung der Strategie der kurdischen Bewegung ist nötig. Die Diskussion darum läuft, nicht ohne zum Teil heftigen Streit.

Die Änderung in der Erscheinungsweise soll erleichtern, auch diese Debatte auf der kurdischen Seite in ihrer ganzen inhaltlichen Breite thematisch besser dokumentieren zu können.

Ein letzter Grund für die Umstellung des Kurdistan-Rundbriefs vom Nachrichtenheft zum Journal sind Änderungen auch in der Solidarität mit der kurdischen Bewegung auf der deutschen Linken. Die Zahl derer, die sich aktiv für die Menschenrechte der Kurdinnen und Kurden hier und im Mittleren Osten einsetzen, ist kleiner geworden. Das hat viele Gründe. Menschen nichtdeutscher Nationalität, Kultur, Sprache hatten es noch nie leicht in diesem Land. Seit dem 11. September ist die Kluft, der Abstand auch im alltäglichen Leben zwischen diesen Menschen und Menschen deutscher Herkunft und Sprache noch größer geworden. Hinzu kommt die nicht nachlassende Repression gegen die PKK und die immer noch weiter gehende Diffamierung aller kurdischen Vereine und Einrichtungen. Hinzu kommen selbstverständlich auch Fehler und Versäumnisse auf der kurdischen Seite, Irrtümer, Enttäuschungen. Die Umstellung auf ein 36 Seiten umfassendes Journal soll es leichter machen, die weiter bestehende Initiativen, Vereine und Solidaritätskampagnen ausführlicher und gründlicher als bisher vorzustellen, selbst zu Wort kommen zu lassen.

Damit wollen wir versuchen, auch einen Beitrag zur Reorganisierung, zum Wieder-Aufbau dieser Solidarität zu leisten. Ob uns das gelingt, kann nur die Zukunft zeigen.

Rezensionen

Völkerhass und Völkerfeindschaften

Von Franz-Karl Hitze

Klaus Hemmo beantwortet in seinem neuen Buch die immer wiederkehrende Frage: Warum sie Feinde wurden. Der studierte Historiker greift tief in die Geschichte der Völker Südosteuropas und des Nahen Ostens. In zehn Kapiteln schildert er die Völkerfeindschaft als osmanisches Erbe, den militanten Chauvinismus der jungtürkischen Reformer, Atatürks verhängnisvolle Staatsideologie, die die Kurden zu Feinden im eigenen Land machte, die Utopie von einem Groß-Griechenland, das Experiment „Föderation“ in Jugoslawien.

Dieses Kapitel ist der Geschichte des Jugoslawiens Titos gewidmet. Wie betroffen waren gerade die Deutschen, als dort in den 90er Jahren ein verheerender Bruderkrieg zwischen Kroatien, Serbien und Bosnien-Herzegowina ausbrach, der sich später weit über das Amsfeld (Kosovo) bis nach Mazedonien verbreitete. Was viele nicht wussten oder nicht wahrhaben wollten, ist, dass die Ursachen für diesen Krieg in der Geschichte der Völker des Balkans zu suchen sind. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass bereits der oft als „Vater der kroatischen Nation“ bezeichnete Theologe Ante Starcevic (1823–1896) die Serben mit Hass und Fluch überschüttete. Der „Serbenfresser“ forderte ein großkroatisches Reich, in dem alle Südslawen Untertanen sein sollten. Wer wundert sich dann über das faschistische Vasallenregime, den Ustascha-Staat, den Ante Pavelic wie eine Diktatur führte (1941–1944). Franjo Tudjman lässt grüßen. Sie machten dem Starcevic alles nach, der schon zu seiner Zeit forderte, „die slawoserbischen Schurken“ auszurotten. Starcevic soll den Serben vorausgesagt haben, dass sie „noch in dieser Welt das Beil“ zu erwarten haben. Als wenn es den barbarischen Hitler-Befehl von 1941 vorausgeahnt hätte: Serbien muss von der Landkarte ausradiert werden. 1999 benutzten amerikanische Bomberpiloten, mit bundesdeutscher Unterstützung, ihre Bomben und Raketen als Radiergummi.

Am Ende des Buches äußert sich Klaus Hemmo zu dem radikal-nationalistischen Projekt eines gesamtalbanischen Staates, nach den Vorstellungen des albanischen Präsidenten Rexhep Maidani, wie auch zu den militant-fundamentalistischen Fanatikern wie Hamas und Dschihad. Er belegt wie die britische Großmachtpolitik zum blutigen Konflikt zwischen Arabern und Israelis führte.

Ja, dann ist noch vom georgischen Chauvinismus und der Stalinschen „Innenpolitik“ (?) als Geburtshelfer des

abchasischen Separatismus die Rede. Auch über Tschetschenien und dem Kampf seiner Gotteskrieger gegen Russland, der zum Dauerkonflikt wurde, ist ein eigenes Kapitel gefasst.

Klaus Hemmo war in den 60er, 70er und 80er Jahren als Korrespondent des DDR-Fernsehens (DFF) in den verschiedensten Krisenregionen Südosteuropas unterwegs.

Sein Buch, das die Unterdrückung und Verfolgung, das Leiden der Völker dieses Raums schildert, entlarvt aufs Neue die Politik der europäischen Großmächte als mitverantwortlich für diese Entwicklungen. Heute sind vor der Haustür Europas wieder einmal bundesdeutsche Soldaten im Rahmen der Nato stationiert. Können sie die Völkerfeindschaft überwinden?

Klaus Hemmo, Warum sie Feinde wurden. Völkerhass vom Balkan bis zum Nahen Osten. Patmos-Verlag Düsseldorf 2001. 287 S. 19,90 Euro

Eine Zwischenbilanz

Von Franz-Karl Hitze

Bei der Produktion politischer Bücher hat sich die Herausgabe von Sammelbänden bewährt. Die nationale wie internationale Politik sind so kurzlebig geworden, dass zwischen Manuskripterstellung und dem Druck solche Bücher Opfer des Zeitgeschehens werden können. Jetzt haben Johannes M. Becker und Gertrud Brücher einen Sammelband von Referaten vorgelegt. Der als Band 23 der Schriftenreihe für Konfliktforschung (Marburg) erschienene Titel: Der Jugoslawienkrieg – eine Zwischenbilanz. Ziel dieser Publikation ist nicht im Argumentationsstreit noch einmal Position zu beziehen, betonen die Herausgeber im Vorwort. Vielmehr werden „einige der wesentlichen Widersprüche dieses Krieges analysiert“. Tobias Pflüger (Tübingen) behandelt die Modernisierung der neuen Bundeswehr im Kontext des Jugoslawienkrieges. Die Frage Menschenrecht gegen Völkerrecht und Fragen zum Sinn dieses Krieges behandelt sehr tiefgehend Werner Ruf (Kassel). Zu viel Nachdenklichkeit fordert Erich Schmidt-Eenboom (Weilheim) die Leser heraus, wenn er die Interessen der Staaten zur Geopolitik beschreibt. Das Buch schließt mit einer umfassenden Synopse von Dieter S. Lutz (Hamburg) unter Berücksichtigung der Vermeidbarkeit des Jugoslawienkrieges. Fazit: Der Nato-Krieg gegen die Republik Jugoslawien war nicht nur völkerrechtswidrig, sondern ist bis heute mitnichten beendet. Del Ponte lässt grüßen.

Johannes M. Becker, Gertrud Brücher (Hg.): Der Jugoslawienkrieg. Eine Zwischenbilanz. LIT-Verlag Dr. W. Hopf, Münster, 2001. 216 S. 25,90 Euro.

3. März 2002, Bayern: Kommunalwahlen

6. März, Brüssel: Forum Soziales Europa. Europäisches Parlament, Rue Wiertz, Konferenz des Forum Soziales Europa über Europäische Betriebsräte (EU-Richtlinien, Zusammenhang mit der Rolle der Gewerkschaften in Europa), u.a. mit Horst Schmitthenner, Heinz Bierbaum, Francis Wurtz, Fulvio Perini), Anmeldung (spätestens 28.1.): kdrager@europarl.eu.int, Fax: 0032/2/2841758.

15. März, Bochum: Zukunftsdiskurse: Die in den Gewerkschaften zur Zeit geführten Zukunftsdiskurse, die in der Zukunftsdebatte der IG Metall ein besonderes Forum gefunden haben, wollen Hans-Böckler-Stiftung und IG Metall mit Unterstützung der ISA Consult in einem Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis vertiefen. In fünf Workshops werden zentrale Ergebnisse der Zukunftsstudien in zugesetzter Form zur Diskussion gestellt: Der letzte Workshopp findet mit dem Thema statt: Reformfähige Gewerkschaft, 15.3., Bochum, Hotel Holiday Inn, Massenbergstr. 19-21; u.a. mit Klaus Lang, Heide Pfarr, Wolfgang Pohl, Michael Fichter, Ulrich Zachert, Sigrid Koch-Baumgarten.

16./17. März, Rostock: Parteitag der PDS. Als Tagesordnung ist vorgeschlagen: Rede der Vorsitzenden der PDS, Gabi Zimmer, Generaldebatte zur Rede der Vorsitzenden der PDS; Rede des Wahlkampfleiters der PDS, Dietmar Bartsch, zur Begründung des Entwurfes des Bundestags-Wahlprogramms der PDS; Generaldebatte zum Entwurf des Bundestags-Wahlprogramms der PDS; Rede des Vorsitzenden der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag, Roland Claus; Beschlussfassung über das Bundestags-Wahlprogramm der PDS; Beratung und Entscheidung von weiteren Anträgen an die 3. Tagung des 7. Parteitages

18. März: Bundesweiter Aktionstag: Solidarität und Widerstand gegen staatliche Repression, Sicherheitsgesetze und Abschiebungen! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Es rufen auf: Libertad! und Rote Hilfe

23. März, Düsseldorf: „Unsere Hoffnung: Frieden, Freiheit und Anerkennung der kurdischen Identität“. Großkundgebung in Düsseldorf. Im Aufruf heißt es: „Mit unserer Großkundgebung wollen wir erneut unseren festen Willen zeigen, gemeinsam mit allen friedlichen und demokratischen Kräften in der Türkei und in Europa die Probleme und Konflikte in Bezug auf die Akzeptanz der Rechte des kurdischen Volkes in der Türkei und im Mittleren Osten dauerhaft zu lösen. Wir suchen keinen Separatismus, sondern Kooperation und ein friedliches, gleichberechtigtes Zusammenleben mit allen demokratischen Kräften

innerhalb der türkischen Gesellschaft. Eine Verleugnung der Identität des kurdischen Volkes, seiner Sprache und Kultur werden wir jedoch auch weiterhin nicht akzeptieren. Daher laden wir alle demokratischen und solidarischen Menschen ein, seien sie Deutsche oder Nicht-Deutsche, mit uns gemeinsam am 23. März in Düsseldorf zu demonstrieren!“

30. März - 1. April, bundesweit: Ostermärsche

21. April, Sachsen-Anhalt: Landtagswahlen



5. Mai, europaweit: Unter dem Motto „Gleichstellung - aber richtig!“ setzt sich am diesjährigen Europäischen Protesttag für die Gleichstellung behinderter Menschen um den 5. Mai herum ein breites Bündnis von Behindertenorganisationen mit einer Vielzahl von Aktionen und Veranstaltungen für die Verabschiedung und konsequente Umsetzung von Gleichstellungsbestimmungen ein. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf die Verabschiedung und Umsetzung von Beschlüssen für barrierefreie Städte und Gemeinden gelegt werden.

19. bis 26. Mai, Athen: Konferenz des Europäischen Friedensforums: Für eine europäische Friedensordnung - Gegen die Militarisierung der Weltpolitik durch USA und NATO (Arbeitstitel)

24./25. Mai, Köln: Kommen und bleiben - Migration und interkulturelles Leben in Deutschland. Eine Konferenz der RL-Stiftung

27.-31. Mai, Berlin: 17. Ord. Bundeskongress des DGB

25.-28. Juli: Linke Sommerschule, Termin bitte vormerken

FORUM KOMMUNISTISCHER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

23./24. März **DGB-Jugend-Bildungsstätte Fulda,**
Magdeburger Str. 69, 36037 Fulda

Beginn: Samstag 10.45 Uhr,
Ende Sonntag 12.00 Uhr

Tagesordnung:
Samstag

1. Prospekt für neue Untersuchungen. Alternative Politik und Systemkritik. Strukturierung der öf
2. Arbeitsgruppen
 - a) Wirtschaftsstrategien in der Programmatik der Parteien
 - b) Ansätze in der politischen Bildungsarbeit
 3. Finanzen

4. Wahl des Präsidiums, Arbeitsausschuss etc.

Sonntag, 9.00 Uhr

Politische Berichte: EU-Osterweiterung: Wirtschaftliche Lage der Beitrittskandidaten und Positionen der Linksparteien. Gastvorträge und Diskussion Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Referenten: Martin Hantke, Wissenschaftlicher Mitarbeiter von Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP; Emil Hruska, Sétkani

Anmeldung:

Über die Landesarbeitsgemeinschaften oder GNN Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221-21 16 58. Wegen des Materialversands an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bitten wir um rasche Anmeldung.